

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 5. bis 8. Dezember 1988

Während des zweiten Teils ihrer 34. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

- Hierzu sprach Abg. Reddemann (S. 5)

Politische Fragen

- Europa und die Folgen des Krieges zwischen Iran und Irak (*Empfehlung 461 — S. 8*)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 6), Frau Luuk (S. 7) und Dr. Ahrens (S. 8)

- Die Reaktivierung und Erweiterung der WEU — Antwort auf den Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 463 — S. 17*)

Hierzu sprachen die Abg. Reddemann (S. 14), Antretter (S. 15) und Dr. Ahrens (S. 16)

- Erster Teil des 34. Jahresberichtes des Rates

Hierzu sprach Abg. Prof. Dr. Soell (S. 13)

- Austausch von Armeeingehörigen innerhalb der nationalen Truppenverbände der einzelnen Mitgliedstaaten (*Antrag für eine Empfehlung — S. 27*)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Hitschler (S. 18) und Dr. Ahrens (S. 18)

- Ansprache des Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten, Roland Dumas (Frankreich)

Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Soell (S. 5), Kittelmann (S. 5) und Dr. Klejdzinski (S. 5)

- Ansprache des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini (Italien)

Verteidigungsfragen

- Abrüstung — Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 464 — S. 22*)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 19), Dr. Klejdzinski (S. 20) und Kittelmann (S. 22)
- Verifikation: eine zukünftige Europäische Agentur für die Überwachung durch Satelliten (*Empfehlung 465 — S. 25*)
Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 23)
- Verbot von Flugtagen mit Flugvorführungen (*Antrag für eine Entschliebung — S. 27*)
Hierzu sprachen die Abg. Büchner (Speyer) (S. 9), Kittelmann (S. 10), Reddemann (S. 10) und Dr. Klejdzinski (S. 10)
- Verbot von militärischen Tiefflügen zu Übungszwecken (*Antrag für eine Entschliebung — S. 27*)
Hierzu sprachen die Abg. Büchner (Speyer) (S. 10) und Kittelmann (S. 10)

Wissenschaft und Technik

- Wissenschaftliche und technische Aspekte der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen durch Satellit — Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 466 — S. 26*)
Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 23)
- Die Verteidigungsindustrie in Spanien und Portugal (*Empfehlung 462 — S. 12*)
Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 12)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die junge Generation und Verteidigungsfragen — die Rolle der Parlamente (*Entschliebung 79 — S. 11; Richtlinie 72 — S. 11*)

Haushalt

- Der Haushalt der Verwaltung der Versammlung 1989
- Die Haushaltsrechnung der Versammlung für 1987

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder sind nachstehend mit den betreffenden Beschlüssen der Versammlung im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind zusammengefaßt wiedergegeben.

Zur Versammlung sprachen der amtierende Ratsvorsitzende, Außenminister Sir Geoffrey Howe (Vereinigtes Königreich), der Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten, Roland Dumas (Frankreich), der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Gianni Manzolini (Italien) sowie der Generalsekretär der Westeuropäischen Union, Alfred Cahen.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei teil.

Die nachstehend aufgeführten Beschlüsse nebst den dazugehörigen Berichten wurden den Parlamentspräsidenten gesondert zugeleitet zur Berücksichtigung bei den Beratungen in den nationalen Parlamenten:

- Die Reaktivierung und Erweiterung der WEU – Antwort auf den Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 463 – S. 17*)
- Abrüstung – Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 464 – S. 22*)
- Verifikation: eine zukünftige Europäische Agentur für die Überwachung durch Satelliten (*Empfehlung 465 – S. 25*)
- Wissenschaftliche und technische Aspekte der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen durch Satellit – Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 466 – S. 26*)
- Die junge Generation und Verteidigungsfragen – die Rolle der Parlamente (*Entschließung 79 – S. 11*)

Schwerpunkte der Beratungen

Die Tagung stand im Zeichen des Beitritts der neuen Mitglieder Spanien und Portugal, deren Vollmitgliedschaft in der WEU nach erfolgter Ratifikation im Sommer 1989 zu erwarten ist. Übereinstimmend wurde die Erweiterung als ein wichtiger Schritt für die angestrebte Reaktivierung der WEU begrüßt. Nun sei die Revision des geänderten Brüsseler WEU-Vertrages in Angriff zu nehmen, woran die Versammlung mitwirken müsse, wie Präsident Charles Goerens (Luxemburg) in seiner Eröffnungsrede forderte.

Der französische Außenminister Dumas äußerte sich zur Stellung der WEU innerhalb eines Europas der Zukunft und zur Rolle, die Europa im Bereich der gemeinsamen Verteidigung spielen sollte. Er sprach das Spannungsverhältnis zwischen dem Streben nach nationaler Unabhängigkeit und der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit der Mitgliedsländer im Rüstungsbereich an. Auch erläuterte er den Vorschlag Frankreichs zur Schaffung eines Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen mit Sitz in Paris.

Bei der Behandlung des Berichts über die Folgen des Kriegs Iran/Irak unter besonderer Berücksichtigung Europas sprach sich die Versammlung zur Unterstützung der Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für ein Verbot aller Waffenlieferungen an die kriegsführenden Parteien sowie die Einberufung einer Konferenz über das Verbot chemischer Waffen aus. Neben einem Aufruf an die EG und die Mitgliedstaaten des Europarates zur Leistung humanitärer Hilfe forderten die Parlamentarier die irakische Regierung auf, kurdischen Flüchtlingen eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimat ohne Repressionen zu ermöglichen.

In einer Empfehlung zur Reaktivierung und Erweiterung der WEU empfahl die Versammlung dem Ministerrat, unabhängig von der noch ausstehenden Einigung über eine Zusammenlegung der ministeriellen Organe der WEU die Aufgaben der neuen Agentur festzulegen. Sie bemängelte die noch ungenügende Zusammenarbeit seitens des Ministerrates, auch wenn sich die Unterrichtung der Versammlung generell verbessert habe. Kritisiert wurde u. a., daß die Kontakte zwischen Ministerrat und Versammlung nur über den Präsidialausschuß der Versammlung, aber nicht über die Berichterstatter erfolgten. Die Parlamentarier forderten eine Stärkung der Versammlung in ihrer institutionellen Position als dem parlamentarischen Teil der WEU. Ihre Beteiligung bei der vorgesehenen Vertragsrevision sei unerlässlich.

Mehrheitlich stimmten die Parlamentarier einer Empfehlung zur Abrüstung als Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates der WEU zu. In der Debatte war u. a. kritisiert worden, daß in dem Text der Abrüstung bei den atomaren Kurzstreckenwaffen, der gerade für Europa besondere Bedeutung zukomme, zu wenig Gewicht beigemessen werde.

Der britische Außenminister Howe wies in seiner Eigenschaft als amtierender Präsident des Ministerrates darauf hin, daß die Konkretisierung der Haager Plattform für die Sicherheit Europas nur schrittweise erfolgen könne. Bezüglich der Umstrukturierung der WEU sprach sich der Außenminister für eine Verlegung der ministeriellen Organe von London nach Brüssel aus. Angesichts der andauernden Überlegenheit der Sowjetunion bei den konventionellen und chemischen Waffen betrachtet Außenminister Howe eine nukleare Abschreckung seitens des Westens weiterhin als unabdingbar.

Bonn, den 23. Dezember 1988

Dr. Karl Ahrens
Sprecher

Wilfried Böhm (Melsungen)
Stellvertretender Sprecher

Montag, 5. Dezember 1988

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers für auswärtige Angelegenheiten, Roland Dumas (Frankreich)

(Themen: Stellung der WEU innerhalb eines Europas der Zukunft — Rolle Europas im Bereich der gemeinsamen Verteidigung — Nationale Unabhängigkeit und internationale Zusammenarbeit im Rüstungsbereich — Schaffung eines Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen — Modernisierung atomarer Kurzstreckenwaffen)

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Minister, meine erste Frage knüpft an die Frage des Kollegen de Decker an: Welche Position nimmt die französische Regierung gegenwärtig in der Frage der **Modernisierung von Nuklearwaffen kurzer Reichweite** ein? Welche Vorstellungen von Modernisierung verbindet sie damit?

Sind Sie mit mir der Meinung, daß diese Modernisierung von Nuklearwaffen kurzer Reichweite nicht dazu dienen darf, den INF-Vertrag zu unterlaufen?

Zweite Frage: Premierminister Rocard hat vorgeschlagen, ein **Institut zur Europäischen Sicherheit** zu gründen. Auf welche Weise soll dieses Institut mit der Westeuropäischen Union zusammenarbeiten? Soll es Organe dieser Union ersetzen, oder soll es die Arbeit der Westeuropäischen Union ergänzen?

Staatsminister Dumas erinnert unter anderem daran, daß Frankreich als eines der ersten Länder die Washingtoner Vereinbarung, die zur Null-Lösung führte, begrüßt sowie sein Interesse an Verhandlungen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Waffen unterstrichen habe. Soweit das Atlantische Bündnis betroffen sei, könne Frankreich, dessen Nuklearwaffen nicht in die Verhandlungen zwischen den Supermächten einbezogen seien, nur von außen her beratend wirken. Die USA seien der Auffassung, daß ihre atomaren Kurzstreckenwaffen ab 1995 nicht mehr dem technischen Stand entsprächen und daher eine Entscheidung über deren baldigen Ersatz dringlich sei. Soweit Frankreich betroffen sei, betrachte es atomare Kurzstreckenwaffen als integrierten Teil der Abschreckung, als ultima ratio. Zur Frage der Modernisierung dieser Waffen habe Frankreich bisher keinerlei Stellung bezogen.

Das Institut zur Europäischen Sicherheit sei keinesfalls als Ersatz, sondern als Ergänzung der Arbeit der WEU gedacht und solle sowohl der Regierung als auch der Versammlung zur Verfügung stehen. Zu dem Tätigkeitsfeld des Instituts wolle er noch keine konkreten Vorschläge machen, sondern nur einen Denkanstoß geben, da Überlegungen zur Koordinierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie zur industriellen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich immer auch mit Fragen der Souveränität der Einzelstaaten verbunden seien.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Herr Minister! Ich habe Ihre Ausführungen über die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen im Rüstungsbereich mit Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Schon Herr de Decker hat ein kleines Fragezeichen dahinter gesetzt, ob nicht das politische Wollen sehr häufig durch nationale Egoismen ersetzt wird. Darf ich als Optimist Ihre Ausführungen auch dahin gehend verstehen, daß die französische Regierung noch einmal darüber nachdenkt, ob sie sich doch an der **gemeinsamen Entwicklung des Kampfflugzeuges** der Zukunft — ich meine den **Jäger 90** — beteiligt? Oder hat sie dies aus dem gemeinsamen europäischen Gedanken ausgeschaltet?

Staatsminister Dumas antwortet, daß eine engere industrielle Zusammenarbeit im Rüstungsbereich eine Hauptforderung sei, die allerdings sensibel behandelt werden müsse. 1985 hätte Frankreich einen 30- bis 35-Jahresplan zur Entwicklung eines europäischen Luftfahrtprogramms vorgeschlagen, in das sowohl Kampfs als auch Transportflugzeuge einbezogen worden seien. Bei diesem Projekt habe es keinerlei Fortschritte gegeben; jedoch würden Teile davon in der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe weiterverfolgt. Über Fragen der Sicherheit wie dem Rüstungsbereich, der industriellen Zusammenarbeit sowie der Bewertung der Bedrohung müsse langfristig nachgedacht werden.

(siehe auch Antwort auf Frage von Dr. Klejdzinski).

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Minister, ich möchte noch einmal nachfragen, weil Sie sich zu den einzelnen Projekten vorhin sehr verklausuliert geäußert haben. Meine Frage, jetzt festgemacht an RAFALE, lautet ganz konkret: Ist es möglich, daß Sie dieses Projekt noch in eine Kooperation einbringen oder daß Teile davon in das Projekt Jäger 90 eingebracht werden können? Ich spreche jetzt nicht über die einzelnen Kampfflugzeugprojekte, die einmal geplant waren, sondern ganz konkret über die **Projekte RAFALE und Jäger 90**. In dieser Hinsicht haben Sie vorhin ausweichend geantwortet.

Staatsminister Dumas erwidert, daß er eine Einigung über die beiden angesprochenen Projekte zur Zeit nicht für möglich halte, was er bedauere.

Tagesordnungspunkt:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

(Drucksache 1165)

Berichterstatter: Abg. Sir Geoffrey Finsberg
(Vereinigtes Königreich)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Wir haben heute das Vergnügen, nicht nur unseren Berichterstatter zu seinem Bericht beglückwünschen zu können, sondern uns selbst einen Glückwunsch auszusprechen, weil wir heute zum erstenmal zusammenkommen, nachdem der Ministerrat die **Republik Portugal und das spanische Königreich in die Westeuropäische Union aufgenommen** hat. Daß diese Aufnahme erfolgte, war nicht nur ein Ergebnis der Beratungen der Minister, sondern vor allem ein Erfolg des ständigen Drängens dieser Versammlung über Jahre hinweg.

Ich meine, wir sollten die wenigen Gelegenheiten, uns einmal selbst zu loben, nutzen, um uns den Glückwunsch selbst auszusprechen. (Beifall)

Ich glaube, wir können unseren Kollegen aus den beiden Parlamenten unserer neuen Mitgliedstaaten ein herzliches Willkommen sagen, auch wenn sie zunächst erst als Beobachter bei uns sind. Aber wir hoffen ja alle, daß wir sie im Juni kommenden Jahres als Mitglieder dieser Versammlung erleben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an uns alle eine Bitte richten. Wir wissen, wie langweilig und wie langsam und wie ver hindernd Ministerräte und Regierungen sämtlicher Couleur und aller Mitgliedstaaten arbeiten können. Da wir auf der anderen Seite wissen, daß die endgültige **Mitgliedschaft** der beiden Staaten erst dann erreicht ist, wenn die sieben Parlamente der jetzigen Mitgliedstaaten den **Beitritt ratifiziert** haben, möchte ich an uns alle die Bitte richten, daß wir in unseren nationalen Parlamenten beginnen, die Regierungen zu drängen, damit möglichst schnell und möglichst gemeinsam beschlossen werden kann, daß das, was bisher als Vertrag unterzeichnet worden ist, dann auch ratifiziert und mit Leben erfüllt wird.

Herr Präsident, ich habe einen zweiten Punkt, den ich im Anschluß an den Bericht von Sir Geoffrey Finsberg vortragen möchte. Durch die neuen Mitgliedstaaten und vor allem die neuen Delegationen wird es im Hause der WEU, also in unserem Hause, eine Reihe von baulichen Problemen geben. Ich möchte Sie bitten, Herr Präsident, daß die Vorbereitung dieser Bauarbeiten vom Präsidialausschuß der Versammlung begleitet wird; denn wir kennen ja alle das Problem, das wir auch in unseren nationalen Parlamenten oft genug gesehen haben: Wenn wir das Ganze nur den Architekten überlassen, bekommen wir ein paar bauliche Veränderungen, bei denen die Repräsentation hervorragend ist, aber die Arbeitsmöglichkeiten, die wir benötigen, leider so schlecht bleiben, wie wir das im Augenblick nicht nur hier erleben.

Wenn ich mir eine Bemerkung zur Arbeitsmöglichkeit erlauben darf: Wir sollten auch einmal überlegen, ob wir mit dem französischen Wirtschafts- und Sozialrat sprechen können, damit wir zukünftig in diesem Hause keine Lichtverhältnisse mehr haben, die einer Totenkapelle sehr viel ähnlicher sind als einem Arbeitsparlament und uns oft genug dazu zwingen — das haben wir wohl alle schon erlebt —, mehr mit dem Schlaf zu kämpfen als mit der Materie, die wir debattieren.

Schließlich ein dritter Punkt. Herr Präsident, wir haben heute morgen durch einen reinen Zufall, wie ich zugebe, in der Geschäftsordnung geblättert und dabei festgestellt, daß sie noch einige Ungereimtheiten enthält. Wir haben beispielsweise festgestellt, daß ein stellvertretendes Mitglied unserer Versammlung zwar Vorsitzender eines Ausschusses werden kann, aber nicht — wenn man die Geschäftsordnung genau auslegt — stellvertretender Vorsitzender.

Ich möchte deswegen Sie, Herr Präsident, bitten, daß das Büro der Versammlung den entsprechenden Ausschuß bittet, in absehbarer Zeit die Geschäftsordnung zu überarbeiten, damit wir nicht eines Tages durch Änderungen, die irgendwann im Laufe der Zeit vor-

genommen worden sind, in die merkwürdige Situation kommen, auf der rechten Seite nicht mehr zu wissen, was die linke meint. Das meine ich nicht politisch, sondern im Hinblick auf das Handbuch der Geschäftsordnung.

Dies sollte eine Anregung sein, Herr Präsident. Ich hoffe, daß die Versammlung in der Lage ist, alles aufzugreifen.

Tagesordnungspunkt:

Europa und die Folgen des Krieges zwischen Iran und Irak

(Drucksache 1162)

Berichterstatter: Abg. Martino (Italien)

(Themen: Verbot von Waffenlieferungen an Iran und Irak — Einberufung einer Konferenz über das Verbot chemischer Waffen — Hilfe beim Wiederaufbau — Hilfeleistungen der EG und der Mitgliedsländer des Europarates sowie Rückkehrmöglichkeiten für die kurdischen Flüchtlinge)

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Einrichtung der Vereinten Nationen und ihr Handeln nach 1945 beobachtet hat, der mußte eigentlich glauben, daß so etwas wie dieser furchtbare Krieg, der zwischen Iran und Irak abließ, nicht mehr zeitgemäß ist. Es war ein Krieg, der länger als der Zweite Weltkrieg gedauert hat; es war ein Krieg, der mehr Geld als der Zweite Weltkrieg gekostet hat. Das ist etwas, was man kaum registriert. Dieser Krieg hat deutlich gemacht, daß trotz aller schlimmen Erfahrungen der Menschheit im Ersten und im Zweiten Weltkrieg Kriege dieser Art nach wie vor passieren und entstehen können.

Ich erinnere daran, daß es ein klassischer Krieg war, der nicht etwa, wie man heute hineininterpretiert, daraus entstanden ist, daß verschiedene religiöse Strömungen dort eine Rolle gespielt haben; er war vielmehr ein klassischer Krieg, der durch Grenzstreitigkeiten entstanden ist. Das ursprünglich auslösende Element war eine Entscheidung des Iran zur Zeit des Schah, eine bestimmte Grenze, die etwa seit 1850 festgelegt war, zu verändern. Nach der Revolution im Iran glaubte der Irak, daß der Iran geschwächt sei, und wollte diese Grenzkorrektur wieder rückgängig machen. Das ist also ein klassisches Kriegsbild.

Dieser Krieg hat all die Scheußlichkeiten mit sich gebracht, die man schon nach dem Ersten Weltkrieg überwunden zu haben glaubte. Ich erinnere an die fürchterlichen Stellungskriege, die in diesem Krieg stattgefunden haben und die uns an das erinnern, was nicht allzu weit von Paris entfernt damals im Ersten Weltkrieg zwischen deutschen und französischen Streitkräften passiert ist. Es kam auch zum furchtbaren Einsatz von Giftgas und chemischen Waffen, den es nicht einmal im Zweiten Weltkrieg gegeben hat, der die furchtbare Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg war und der in diesem Konflikt zwischen Iran und Irak wieder aufgenommen wurde.

Wir wissen weiterhin, daß all die großen Forderungen und auch die völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen, etwa über die Betreuung der Kriegsgefangenen, über die Frage, wie diese Kriegsgefangenen behandelt werden und auch wie politische Gegner behandelt werden, keine Rolle mehr gespielt haben und daß Menschenrechte brutal mißachtet wurden.

Was bedeutet das für uns? Welche Schlußfolgerungen müssen wir daraus ziehen? Denn es ist ja nur ein Waffenstillstand abgeschlossen worden, und wir wissen nicht, ob es der endgültige Frieden ist. Wir müssen nämlich darauf hinweisen, daß in diesem Raum nach wie vor ein Pulverfaß vorhanden ist, das weiterhin durch Waffenlieferungen gefüllt wird und das nicht nur den Iran und den Irak umfaßt; vielmehr grenzt Afghanistan an. Sie wissen, daß die Fragen religiöser und nationaler Strömungen selbst im südlichen Teil der Sowjetunion zwischen Aserbeidschanern und Armeniern zeigen, welch kritische Gegend auf unserer Erde dieser Winkel ist.

Was sind die Schlußfolgerungen, die wir als WEU ziehen müssen? Ich glaube, die erste Schlußfolgerung ist, daß wir uns als europäische Nationen in unserem Einsatz für die **Menschenrechte** auch nach dem Waffenstillstand in diesem Raum besonders stark machen müssen.

Das Zweite ist, daß wir so schnell wie möglich auf internationaler Ebene zu **Vereinbarungen über Chemiewaffen** kommen müssen, um in diesem Bereich ganz klare Verhältnisse zu schaffen.

Das Dritte ist, daß wir als WEU — das hat gerade auch mein Vorredner angeschnitten — die **Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln in Krisensituationen** verstärkt aufnehmen müssen. Es ist geschildert worden, was die Marinen der WEU-Mitgliedstaaten geleistet haben. Ich glaube, das ist eine Lehre, die wir für die Zukunft nur ziehen können.

Schließlich eine letzte Bemerkung: Wir sind alle mit dem inneren Konflikt mit der kurdischen Minderheit konfrontiert, die es nicht nur im Irak, sondern auch im Iran, in der Sowjetunion und in der Türkei gibt. Ich glaube, wir müssen gerade in der besonderen Situation dankbar sein, daß die Türken Zehntausende kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen haben.

Unsere Aufgabe muß es sein, in unseren nationalen Parlamenten und in den Ländern, aus denen wir kommen, darauf hinzuwirken, **der Türkei**, die ein treuer Verbündeter im NATO-Bündnis ist, in dieser schwierigen Situation **bei der menschlichen und humanitären Betreuung dieser Flüchtlinge** aus dem Irak auch materiell **beizustehen**. Ich glaube, das ist eine Verpflichtung, wenn wir es mit unseren Bekenntnissen zu den Menschenrechten ernst nehmen.

Frau Luuk (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Besonders den letzten Gedanken, den Herr Dr. Müller hier vorgetragen hat, möchte ich aufnehmen. Ich möchte mich den immer noch leidenden Menschen, die als **kurdische Flüchtlinge aus dem Irak** in die Türkei gekommen sind, zuwenden, weil diese Flüchtlinge gerade in diesen Wintermonaten

einer besonders bedrohlichen Situation entgegensehen.

Mir scheint, man sollte noch einmal einige Fakten auflisten, um deren Situation klarer vor Augen zu haben. Die Türkei hat die **Genfer Flüchtlingskonvention** nicht als Ganzes unterzeichnet. Sie macht einen Vorbehalt gegenüber den nicht aus Europa stammenden Flüchtlingen, die sie somit nicht als Flüchtlinge anerkennt. Das hat zur Folge, daß der Hohe Flüchtlingskommissar in diesem Zusammenhang nicht das Mandat hat, für die Flüchtlinge tätig zu werden. Er kann ihnen nicht den Flüchtlingsstatus verleihen und kann sie nicht unter seinen Schutz und die damit verbundenen Garantien stellen.

Gleichwohl hat die Türkei — und das muß man ausdrücklich hervorheben — diese Menschen aus humanitären Gründen aufgenommen, und sie versichert auch immer wieder, daß die Betroffenen ausschließlich bei einer freiwilligen Entscheidung mit einer Rückkehr konfrontiert würden.

50 000 Menschen leben in der Türkei in Lagern. Eine unbekannte Zahl von weiteren Flüchtlingen, die auch nicht richtig registriert sind, leben nicht in Lagern. Erwähnen möchte ich, daß die Gegend, in der die kurdischen Flüchtlinge leben, sowieso eine besonders wenig entwickelte und arme Gegend ist. Die Lebensverhältnisse sind sowohl für die Menschen, die dort immer leben, als auch und ganz besonders für diejenigen, die als Flüchtlinge hinzugekommen sind, sehr hart.

Ich muß darauf hinweisen, daß dies eine Bergregion ist und die Temperaturen in der Nacht weit unter den Gefrierpunkt absinken. Die Menschen leben in Zelten, und sind somit nur unzureichend untergebracht, wie aus Informationen des IKRK und des UNHCR-Berichtes hervorgeht. Es muß daher unbedingt an Umsiedlungsaktionen oder an feste Häuser gedacht werden, damit diese Menschen überleben können.

Ich denke, daß wir die Hilfsorganisationen in unseren eigenen Ländern auffordern müssen, Hilfe zu organisieren; denn die kurdischen Flüchtlinge brauchen Hilfe, um den Winter zu überleben. Wir müssen die **Türken unterstützen**, damit sie die Hilfe in **Zusammenarbeit mit den anerkannten internationalen Hilfsorganisationen**, z. B. mit dem Roten Halbmond, organisieren können.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob wir nicht bestimmte Kontingente dieser Menschen, die in diesem Konflikt zu Flüchtlingen geworden sind, in den Mitgliedsländern der WEU aufnehmen können, insbesondere deshalb — wie hier auch schon ausgeführt wurde —, weil unter ihnen viele sind, die immer noch unter den Folgen der Giftgasangriffe leiden.

Langfristig muß — das ist mir wichtig — von dieser Stelle aus auch eine Forderung an den Irak gerichtet werden, und zwar muß sichergestellt sein, daß **bei einer freiwilligen Rückkehr der Kurden** in den Irak auf diese **keine Repressionen** ausgeübt werden, daß sie nicht gegen ihren Willen in Lager gesteckt werden und daß sie auch nicht in den Süden des Landes zwangsumgesiedelt werden. Diese Erwägung hat natürlich auch damit zu tun, daß der Schutz durch den

Hohen Flüchtlingskommissar diese Flüchtlinge bei einer Rückkehr nicht begleitet. Auch der Europarat wird sich dieses Themas annehmen. Es ist ein Bericht in Arbeit, der demnächst dort diskutiert wird.

Abschließend eine Bemerkung zu Amendement Nr. 3: Dieser Antrag, den ich mit eingebracht habe, sollte als Ergänzung des Punktes VI verstanden werden, angereichert um den weiteren Gedanken des Schutzes der Flüchtlinge bei einer freiwilligen Rückkehr in den Irak.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich den Glückwünschen und dem Dank anschließen, den der Berichtersteller und auch das Sekretariat bereits von meinen Vorrednern empfangen haben. Die Ausarbeitung dieses Berichts wurde — zum Glück — durch die Tatsache erschwert, daß im Golfkrieg die Waffen schweigen. Das bedeutete natürlich für die Ausarbeitung dieses Berichts eine grundlegende Änderung. Dieser Bericht ist eigentlich zweimal konzipiert worden. Dafür herzlichen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Golfkrieg wurde mit einer schrecklichen Erbitterung und mit einer ungeahnten Grausamkeit geführt. Er hat Hekatonben von Menschenopfern gefordert. Es war ein Krieg, der uns deutlich vor Augen geführt hat, wie heute ein „nur“ konventioneller Krieg aussieht. Dieser Krieg hat mich in meiner Auffassung bestätigt, daß die Unterscheidung zwischen nuklearen und konventionellen Kriegen ohnehin überholt ist; jedenfalls gilt das für uns in Europa.

Es ist darauf hingewiesen worden: Dieser Krieg hat sich nicht bei uns abgespielt. Aber er hat uns mehr als viele andere Auseinandersetzungen seit dem 2. Weltkrieg direkt berührt: einmal deshalb, weil er in einer Region ausgebrochen ist, die auch heute noch wesentliche Ressourcen für die Energieversorgung Europas liefert; zum anderen aber auch deshalb, weil fünf der Mitgliedstaaten unserer Organisation in diesen Konflikt involviert waren, seitdem sie sich entschlossen, mit eigenen Streitkräften die Freiheit der Schifffahrt zu sichern.

Die Waffen schweigen in einem Krieg, der nicht zu gewinnen war. Jetzt muß der Frieden gewonnen werden. Das bedeutet, daß wir alles tun und unsere guten Dienste anbieten müssen, um die Verhandlungen zwischen den beiden Kriegsgegnern zu erleichtern.

Das bedeutet aber auch, daß wir **beim Wiederaufbau mithelfen** müssen. Genauso, wie wir in Afghanistan gefordert sind, müssen wir auch in der Golfregion helfen.

Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, daß — das ist im Bericht angesprochen — die Verminung des Golfes und seiner Zufahrten mit Hilfe der europäischen Seestreitkräfte beseitigt wird.

Herr Präsident, es ist mehrfach das Problem der Kurden angesprochen worden. Ich möchte mich ausdrücklich bei der Türkei dafür bedanken, daß sie diese Menschen, die aus dem Irak vertrieben wurden oder aus Angst geflüchtet sind, aufgenommen hat. Das war eine große humanitäre Tat.

Unsere Pflicht aber ist es jetzt, die **Türkei**, die ja nicht zu den reichsten Mitgliedstaaten etwa des Europarats gehört, **bei der Aufnahme dieser Menschen zu unterstützen**. Wir können die Türkei nicht allein lassen, wir müssen sie bei der Versorgung dieser Menschen unterstützen.

Wir sollten zugleich unsere Regierungen auffordern, den Teil dieser Flüchtlinge, die zu uns umgesiedelt werden wollen, aufzunehmen.

Zugleich müssen wir vom Irak Garantien verlangen, daß **gegenüber den Rückwanderern keine Repressalien** ausgeübt werden. Allein eine Amnestie, die mehr oder weniger auf dem Papier steht, genügt hier nicht. Diese Menschen brauchen Garantien. Es wäre die beste Lösung, wenn diese Menschen wieder in ihre angestammte Heimat zurückkehren könnten, ohne Gefahr zu laufen, Repressalien ausgeliefert zu sein.

Im übrigen wird sich das **Problem der Kurden**, die eine Minderheit in mehreren Staaten bilden, nur im Wege einer sehr weitgehenden kulturellen **Autonomie** lösen lassen. Es gibt viele Länder — sie sind auch hier vertreten —, die mit kulturellen Minderheiten leben müssen. Das Zusammenleben zwischen Mehrheit und Minderheit ist am besten in denjenigen Ländern, wo eine möglichst weitgehende Autonomie gewährt wird.

Autonomie ist nicht ein Zeichen der Schwäche, ist nicht ein Mittel zur Destabilisierung, sondern Zeichen der inneren Stärke eines Staates, sie trägt zur Stabilisierung der Verhältnisse bei.

Das Problem ist nicht dadurch zu lösen, daß man die Augen vor ihm verschließt. Auch die Staaten, in denen kurdische Minderheiten leben, sollten vor deren Problemen nicht länger die Augen verschließen und sich bei der Lösung dieser schwierigen Fragen der Erfahrungen bedienen, die in anderen Ländern gewonnen werden konnten.

Ich bitte, diesen Bericht, der im Ausschuß ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, anzunehmen.

Empfehlung 461

betr. Europa und die Folgen des Kriegs zwischen Iran und Irak

Die Versammlung

- i. ist der Ansicht, daß die Golfregion ein besonders wichtiges Gebiet für die Sicherheit Westeuropas und den internationalen Frieden darstellt;
- ii. begrüßt den am 20. August 1988 zwischen Irak und Iran geschlossenen Waffenstillstand;
- iii. bedauert, daß die Verhandlungen über die Realisierung dieses Waffenstillstands immer noch nicht wirklich begonnen wurden;
- iv. ist der Ansicht, daß die dadurch bedingte Lage weiterhin höchst unsicher ist;
- v. stellt fest, daß die acht Jahre des bewaffneten Konflikts die Schrecken vor Augen führen, die

- durch konventionelle Kriegsführung entstehen können;
- vi. ist der Ansicht, daß die Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien eine Verlängerung der Kampfhandlungen begünstigt haben und immer noch zur derzeitigen Instabilität in der Region beitragen;
 - vii. verurteilt den während des Konflikts von seiten des Iraks erfolgten Einsatz chemischer Waffen;
 - viii. begrüßt die bevorstehende Einberufung einer Konferenz zur Verstärkung des Verbots chemischer Waffen;
 - ix. ist der Ansicht, daß das Problem der kurdischen Bevölkerung ein weiterer Faktor der in der Region herrschenden Instabilität ist;
 - x. stellt fest, daß der Irak zahlreichen Zeugenaussagen zufolge nach dem Waffenstillstand auch chemische Waffen gegen die Kurden eingesetzt hat;
 - xi. ist darüber hinaus der Ansicht, daß das brutale Niederschlagen des Kurdenaufstands in Irak, die Zerstörung der Dörfer und die Verschleppung der Bevölkerung schwere Menschenrechtsverletzungen darstellen;
 - xii. stellt fest, daß die im Iran erfolgte Hinrichtung zahlreicher politischer Gefangener und die Anwendung von Verfahren gegenüber irakischen Kriegsgefangenen, die einen Verstoß gegen das Kriegsrecht darstellen, ebenfalls Menschenrechtsverletzungen sind;
 - xiii. begrüßt die vom Rat ergriffenen Maßnahmen, um gemeinsam mit den Vereinigten Staaten zur Gewährleistung der freien Schifffahrt im Golf beizutragen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um Aufnahme echter Verhandlungen über die Realisierung des Waffenstillstands und die Wiederherstellung des Friedens zu unterstützen, insbesondere durch Verbot jeglicher Waffenlieferungen an die kriegführenden Parteien;
2. die Entwicklung der Lage in der Golfregion auch nach einem möglichen Abzug der von den Mitgliedsländern in diesem Gebiet stationierten Seestreitkräfte weiterhin wachsam zu verfolgen;
3. den Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz über das Verbot der Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen zu unterstützen;
4. das Rüstungskontrollamt mit der Erstellung eines Berichts über die Verifikationsmöglichkeiten hinsichtlich der Nichtherstellung und Lagerung chemischer Waffen zu betrauen und der Versammlung diesen Bericht zu übermitteln;
5. alle Sanktionen, die die Vereinigten Staaten gegen Länder, die chemische Waffen eingesetzt haben, verhängen könnten, unter dem Gesichtspunkt einer Beteiligung der WEU-Länder sorgfältig zu prüfen und die Sowjetunion sowie ihre Verbündeten

aufzufordern, sich diesen Sanktionen anzuschließen;

6. die EG und die Mitgliedsländer des Europarates aufzufordern, den kurdischen Flüchtlingen auf dem Weg über die zuständigen internationalen Organisationen wirksame Hilfe zu gewähren;
7. diese ebenfalls aufzufordern, eine beträchtliche Zahl derjenigen Personen, die aufgrund der Verfolgungen im Irak zu Flüchtlingen wurden, in ihre Länder aufzunehmen;
8. die zur Gewährleistung der Minenräumung im Golfgebiet unternommenen Bemühungen fortzusetzen, bis diese Operation abgeschlossen ist;
9. die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union aufzufordern, die Türkei bei der humanitären Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak zu unterstützen und sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die Regierung des Iraks in Zukunft eine freiwillige Rückkehr dieser Flüchtlinge ohne Repressionen ermöglicht.

Dienstag, 6. Dezember 1988

Tagesordnungspunkt:

Verbot von Flugtagen mit Flugvorführungen

(Drucksache 1170)

Antragsteller: Abg. Büchner (Speyer)
(Bundesrepublik Deutschland)

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 28. August dieses Jahres hat sich **in Ramstein eine schreckliche Katastrophe** ereignet. Anlässlich eines Flugtages stürzte bei einer Kunstflugvorführung ein Flugzeug in die Menschenmenge. Es sind 70 Tote zu verzeichnen. Mehr als 300 Menschen sind schwer- oder schwerstverletzt. Es gibt sehr große materielle Schäden.

Meine Damen und Herren, spätestens diese Katastrophe hat vielen deutlich gemacht, daß Kunstflüge und Kunstflugvorführungen, besonders wenn sie anlässlich von Flugtagen vor Hunderttausenden von Menschen stattfinden, außerordentlich gefährlich sind.

Wir als Versammlung der WEU sind seit diesem Zeitpunkt nun zum erstenmal zusammen, und es wäre sehr gut, wenn wir diese Zusammenkunft dazu nutzen würden, eine klare Stellungnahme abzugeben. Andere Parlamente haben längst reagiert. Das **Europaparlament** z. B. hat schon im September eine klare **Entschliebung gefaßt**.

Es werden derzeit weitere Flugtage vorbereitet, und es wird in verschiedenen Ländern auch über die Frage diskutiert, ob auf diesen Flugtagen neben der Ausstellung von Fluggerät, neben der Vorführung der Flugzeuge, auch Kunstflüge, Demonstrationen besonders schwieriger und riskanter Flüge, durchgeführt wer-

den sollen. Deswegen meine ich, es ist dringend, daß wir jetzt sagen, daß wir dies nicht wollen, daß wir es verurteilen, daß wir ein **Verbot aller Kunstflüge sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich** fordern, daß wir als WEU klarmachen, daß Kunstflüge mit dem militärischen Auftrag, mit der Ausbildung von Soldaten im Flugzeug, nichts zu tun haben. Solche Flüge dienen lediglich dem Spieltrieb, sie dienen dem Darstellungsbedürfnis, sie sind eine Show, aber sie haben keinen militärischen Nutzen, und sie sind eminent gefährlich.

Herr Präsident, wenn wir jetzt nicht handeln, können weitere Katastrophen vorprogrammiert sein. Lassen Sie uns deswegen dringlich sagen: Laßt das mit den Kunstflügen, das ist zu gefährlich, es ist schon zuviel passiert.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis dafür, daß sich Herr Büchner nach den Ereignissen in der Bundesrepublik Deutschland Sorgen macht und daß er dieses Thema anspricht. Allerdings bin ich der Meinung, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland diese Frage abschließend geregelt haben und daß es außerordentlich schwierig ist, hier im Rahmen einer dringlichen Debatte über dieses Thema zu sprechen. Ich wäre bereit, es **im Rahmen des Verteidigungsausschusses** in Form einer **Sachdebatte** zu führen, weil ich nach den Bemerkungen von Herrn Wilkinson und auf Grund der Situationen in den einzelnen Ländern glaube, daß es schwierig ist, hierüber jetzt unmittelbar in einer dringlichen Beratung zu befinden. Aus der deutschen Situation heraus kann ich das, was Herr Büchner sagte, mit vollem Verständnis nachvollziehen.

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich möchte den Antrag stellen, den **Dringlichkeitsantrag** des Kollegen Büchner **an den Verteidigungsausschuß zu überweisen**, und zwar aus dem sehr schlichten Grund, daß keine Regierung wegen eines Beschlusses der Versammlung der Westeuropäischen Union eine Flugschau genehmigt oder nicht genehmigt, daß wir aber mit dem Antrag, der hier vorliegt, die große Chance haben, **Richtlinien für alle Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union** auszuarbeiten. Dies wäre eine Sache des Verteidigungsausschusses, und deswegen bitte ich den Herrn Antragsteller, nun nicht aus propagandistischen Gründen darauf zu bestehen, daß sofort abgestimmt wird, sondern lieber einen vernünftigen Weg zu ebnen.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Vorsitzender, da jetzt der Dringlichkeitsantrag abgelehnt ist, steht, so meine ich, der Antrag des Kollegen Reddemann der CDU, zur Diskussion, ob das in den Ordentlichen Ausschuß zur Beratung und Beschlußfassung überwiesen wird.

(Da der Antragsteller auf dringlicher Behandlung des Antrages (S. 27) bestand, war nur darüber abzustimmen. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Eine Überweisung an einen Ausschuß erfolgte nicht)

Tagesordnungspunkt:

Verbot von militärischen Tiefflügen zu Übungszwecken

(Drucksache 1169)

Antragsteller: Abg. Büchner (Speyer)
(Bundesrepublik Deutschland)

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! In vielen Ländern, besonders auch in der Bundesrepublik, wird seit langem über die zukünftige Notwendigkeit von Tiefflügen diskutiert. Sie sind inzwischen zu einer wachsenden unerträglichen **Belästigung für die Bevölkerung** geworden, und sie stellen auch eine **große Gefahr** dar; denn es ist schon oft passiert, daß tieffliegende Militärmaschinen abgestürzt sind.

Inzwischen wird von manchen Experten die verteidigungspolitische Notwendigkeit solcher Tiefflüge sehr bestritten. Es sind technische Methoden des Radars entwickelt worden, die heute die Theorie nicht mehr stützen, daß es dringend notwendig ist, tief- und tiefstzufliegen, um Radarsysteme zu unterfliegen. **Der militärische Nutzen solcher Tiefflüge** unterliegt also erheblichen Zweifeln.

Über bewohnten Gebieten stellen diese Tiefflüge eine große Belästigung dar. An manchen Tagen, besonders bei einigermaßen gutem Wetter, häufen sie sich in einzelnen Regionen, so daß Menschen gepeinigt werden. Kinder, alte und kranke Menschen leiden besonders darunter. Es gibt auch Untersuchungen über eine dadurch hervorgerufene Zunahme von Krankheiten.

Ich meine, wir sollten dieses Thema einmal in den zuständigen Ausschüssen dieser Versammlung leidenschaftlos beraten. Die Tatsache, daß Operationen mit tieffliegenden Militärmaschinen geflogen werden, was besonders über besiedelten Gebieten außerordentlich gefährlich ist, und die Tatsache, daß wiederholt festgestellt wurde, daß öffentliche Gebäude, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen, ja sogar Kernkraftwerke als Zielobjekte von Luftkampfübungen angefliegen wurden, sind schon außerordentlich bedenklich.

Ich glaube, wer für eine sinnvolle Verteidigung ist, muß dafür sein, daß alle Maßnahmen, die dazu ergriffen werden, auch gerechtfertigt werden, und zwar stets neu und stets unter Beachtung der sich wandelnden technischen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren, dieses Thema wird außerhalb dieser Versammlung oft leidenschaftlich erörtert. Lassen Sie uns auch in dieser Versammlung, in der wir über Verteidigungsfragen sprechen, darüber eine Debatte führen. Deswegen möchte ich diesen Antrag stellen. Er hat das Ziel, Tiefflüge und **Luftkampfübungen über bewohnten Gebieten zu verbieten**, und er hat das Ziel, **Tiefflüge nur dann zuzulassen, wenn sie verteidigungspolitisch unabdingbar notwendig sind**, aber über die Art und Weise und über das Gebiet, über dem sie stattfinden, vernünftig miteinander zu reden.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum einen entspricht das,

was Herr Büchner gesagt hat, einem sehr intensiven Diskussionsstand in der Bundesrepublik Deutschland. Dort haben sich sowohl der Deutsche Bundestag insgesamt als auch die zuständigen Ausschüsse sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und Entscheidungen getroffen.

Darüber hinaus geht es Herrn Büchner wohl darum, die Diskussion ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland auch mit anderen Mitgliedsländern zu führen, um festzustellen, ob es dort ähnliche Probleme und Sorgen gibt wie bei uns. Ich bin der Meinung, daß dieses ein grundsätzliches Problem ist und der Verteidigungsausschuß im erweiterten Sinne, wie es eben von den Kollegen angeregt worden ist, dieses im Rahmen einer der nächsten Tagesordnungspunkte diskutieren sollte.

Da es sich nicht um einen Dringlichkeitsantrag, sondern um einen Antrag handelt, den jedes Mitglied des Verteidigungsausschusses seit Monaten hätte stellen können — etwa heute morgen in der Ausschußsitzung —, sollte man **dieses Thema im Verteidigungsausschuß diskutieren**. Insofern bin ich für die Annahme des Antrags in dem erweiterten Sinne.

(Der Antrag (S. 27) wurde dem Präsidialausschuß zur weiteren Überweisung an den Verteidigungsausschuß zugeleitet)

Tagesordnungspunkt:

Die junge Generation und Verteidigungsfragen — die Rolle der Parlamente

(Drucksache 1157)

Berichterstatter: Abg. Shelton
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Engere Einbeziehung der jüngeren Generation in die Arbeit der WEU-Versammlung — Einladungen von Jugendlichen und Journalisten zu Sitzungen der Versammlung nach Paris)

EntschlieÙung 79

betr. die junge Generation und Verteidigungsfragen — die Rolle der Parlamente

Die Versammlung

- i) *betont*, wie wichtig es ist, zu erreichen, daß die junge Generation die westeuropäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik versteht und unterstützt;
- ii) *stellt jedoch fest*, daß die junge Generation bisher nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich über die Rolle der WEU in diesem Bereich zu informieren;
- iii) *vertritt die Überzeugung*, daß eine engere Einbeziehung der jungen Generation in die Arbeit der Versammlung der WEU das Verständnis dieser jungen Menschen für die besondere Verteidigungs- und Sicherheitsproblematik in Europa erheblich verstärken könnte;

iv) *begrüÙt* die vom Bundestag ergriffene vorbildliche Initiative, jedes Jahr eine Tagung „Jugend und Parlament“ zu veranstalten;

v) *bedauert* jedoch, daß die Versammlung aufgrund der ihr zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel nicht in der Lage ist, bedeutende Initiativen zur Intensivierung des Dialogs mit der jungen Generation zu ergreifen;

fordert die Parlamente der Mitgliedstaaten dringend auf,

die erforderlichen organisatorischen und finanziellen Maßnahmen zu ergreifen, um den Vertretern der Versammlung die Möglichkeit zu geben, mindestens einmal im Jahr eine Gruppe junger Besucher, einschließlich Journalisten, nach Paris einzuladen, um während oder zwischen den Sitzungen Informationsveranstaltungen am Sitz der Versammlung zu besuchen und mit Parlamentariern und Beamten der WEU zusammenzutreffen.

Richtlinie 72

betr. die junge Generation und Verteidigungsfragen — die Rolle der Parlamente

- i) *betont*, wie wichtig es ist, zu erreichen, daß die junge Generation die westeuropäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik versteht und unterstützt;
- ii) *stellt jedoch fest*, daß die junge Generation bisher nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich über die Rolle der WEU in diesem Bereich zu informieren;
- iii) *vertritt die Überzeugung*, daß eine engere Einbeziehung der jungen Generation in die Arbeit der Versammlung der WEU das Verständnis dieser jungen Menschen für die besondere Verteidigungs- und Sicherheitsproblematik in Europa erheblich verstärken könnte;
- iv) *begrüÙt* die vom Bundestag ergriffene vorbildliche Initiative, jedes Jahr eine Tagung „Jugend und Parlament“ zu veranstalten;
- v) *bedauert* jedoch, daß die Versammlung aufgrund der ihr zur Zeit zur Verfügung stehenden Mittel nicht in der Lage ist, bedeutende Initiativen zur Intensivierung des Dialogs mit der jungen Generation zu ergreifen;

fordert ihren Präsidialausschuß auf,

die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen eines verstärkten Dialogs der Versammlung mit jungen Menschen in ihre weiteren Überlegungen bezüglich einer neuen Informationspolitik für die Versammlung miteinzubeziehen.

Tagesordnungspunkt:

Die Verteidigungsindustrie in Spanien und Portugal

(Drucksache 1161)

Berichtersteller: Abg. Wilkinson
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Staatliche und industrielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Rüstungsbereich — Auswirkungen des Beitritts von Spanien und Portugal auf die Rüstungsbeschaffungskosten)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind gewöhnt, daß sich Berichte, die Herr Wilkinson vorlegt, fachlich sehr auszeichnen. Dieser Bericht, den er jetzt vorgelegt hat, hat zusätzlich den Vorzug, daß er von allen Kollegen im Ausschuß einstimmig angenommen worden ist.

All das, was er angesprochen hat, nämlich kooperative Entwicklung und Produktion, gemeinsame Instandhaltung, den Hinweis auf den Zwang zur Kooperation und **verstärkte industrielle Zusammenarbeit**, sind wichtige Schritte, insbesondere wenn man weiß, wieviel Geld und wieviel Intelligenz heute in der wehrtechnischen Industrie im einzelnen gebunden sind und — man darf es hier auch einmal vermerken — für andere wichtige Zweige der Entwicklung nicht zur Verfügung stehen.

Ich bin mir auch durchaus bewußt, daß der Hinweis, daß andere hinzukommen und daß der Hinweis, daß in Spanien und Portugal noch eine Entwicklung zu erfolgen hat, für viele, die auf diesem Sektor arbeiten, eine Öffnung bedeutet und daß viele schon das Geschäft von morgen sehen, das sich hier auftut.

Zu dem Versuch von Herrn Wilkinson, der meint, daß **Standardisierung in der Westeuropäischen Union** das Zauberwort sein muß, kann ich nur sagen: Lieber Herr Wilkinson, die Botschaft höre ich wohl; doch fehlt mir der Glaube.

Ich bin mir auch bewußt — ich möchte das hier betonen; das kommt bei Ihrem Bericht nicht so zum Ausdruck; deswegen erlaube ich mir, ein paar kritische Anmerkungen zu diesem Bericht zu machen — und weiß mit Ihnen gemeinsam, daß Forschung und Entwicklung des sogenannten militärisch-technologischen Komplexes die Industrienationen Westeuropas mehr und mehr bestimmen und daß es auch gar nicht einfach ist, zwischen einer militärischen und einer vergleichbaren zivilen Entwicklung zu trennen, weil viele Gebiete, die wir heute bearbeiten, sowohl eine militärische als auch eine zivile Nutzung zulassen.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht von dem Spin-off-Effekt sprechen, weil dieser sehr strittig ist. Aber eines ist sicher: Wir brauchen **Computer der dritten Generation** sowohl für die Militärs als auch für den zivilen Bereich.

Die Möglichkeiten, die sich im Bereich der Telekommunikation und der Kommunikationsmittel auftun — ich denke etwa an die Glasfasertechnologie —, sind für uns im einzelnen noch nicht zu erfassen.

Aber meine große Sorge ist — dies möchte ich hier trotz meiner positiven Zustimmung zu diesem Bericht ausdrücken —, daß der **militärisch-technische Komplex mehr und mehr unsere industrielle Welt in Westeuropa bestimmt**. Kritiker oder Befürworter meinen, daß wir ein Pendant zu den Vereinigten Staaten sein müssen. Dies mag sicherlich richtig sein; aber ich glaube, wir würden uns diesbezüglich übernehmen. Wenn wir uns in dem wirtschaftlichen Dreieck Asien, Amerika und Europa bewegen, dann ist zweifellos der Markt Europa ein beachtenswerter Markt. Es lohnt sich dort sicherlich, die Anstrengungen so zu fördern, daß eine gemeinsame Aktivität möglich ist.

Aber eines darf nicht sein: daß dieser militärisch-technische Komplex einmal bestimmt, daß wir zusätzlich Rüstung und Waffen produzieren, nur weil er existent ist. Für uns müssen vielmehr weiterhin Abrüstung und Rüstungskontrolle möglich sein. **Abrüstung und Rüstungskontrolle** müssen bei uns **Priorität** haben.

Wenn wir also von dem Aufbau einer verteidigungs- und wehrtechnischen Industrie sprechen, dann, meine ich, sollten wir gleichberechtigt danebenstellen oder in unserer Willensbildung bevorrechtigt dagegenstellen, daß Abrüstung und Rüstungskontrolle für uns Priorität haben und daß wir die Möglichkeiten, die dort an Kapital und Intelligenz konzentriert sind, dann auch für sinnvolle zivile Produktionen einsetzen können.

Herzlichen Dank.

Empfehlung 462

betr. die Verteidigungsindustrie in Spanien und Portugal

Die Versammlung

- i. *erkennt* den durch die Aufnahme Portugals und Spaniens in die WEU entstehenden Nutzen von kohärenteren und politisch nachhaltigeren europäischen Verteidigungsanstrengungen innerhalb des Bündnisses an;
- ii. *ist sich bewußt*, daß die Grundlagen der westeuropäischen Verteidigungsindustrie verstärkt würden, wenn das produktive und technische Potential Spaniens und Portugals Anreize erhalten würde durch ein aktives Programm der gemeinsamen Forschung, durch kooperative Entwicklung und Produktion von Verteidigungsgerät sowie durch gemeinsame Instandhaltungs- und Ausbildungsprogramme mit den derzeitigen WEU-Mitgliedstaaten;
- iii. *ist sich bewußt*, daß der EDIS-Bericht „Für ein stärkeres Europa“, der den Ministern der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) von der Europäischen Verteidigungsindustriegruppe vorgelegt wurde, wichtige Empfehlungen enthält, die von besonderer Bedeutung für die Länder mit weniger entwickelten Rüstungsindustrien (LDDIs) sind, die bislang noch nicht in vollem Umfang umgesetzt wurden;

- iv. *ist überzeugt*, daß Haushaltseinschränkungen alle europäischen Mitgliedstaaten im Bündnis veranlassen werden, die erweiterte Zusammenarbeit der Regierungen bei der Festlegung gemeinsamer operativer Erfordernisse durch die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) sowie durch verstärkte industrielle Zusammenarbeit beim Entwurf, der Entwicklung und der Produktion von Verteidigungsgerät zu fördern;
- v. *hofft*, daß durch die konstruktive Beteiligung Spaniens und Portugals an der Entwicklung, Herstellung und Unterstützung von umfangreichem europäischen Verteidigungsgerät eine kostengünstigere Rüstungsbeschaffung für Westeuropa insgesamt erreicht werden kann;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend aufzufordern,

1. den Beitritt Portugals und Spaniens zur WEU durch eine politische Initiative hervorzuheben, die auf die industriellen Erfordernisse der Länder mit weniger entwickelten Verteidigungsindustrien innerhalb des Bündnisses ausgerichtet ist;
2. die besonderen diesbezüglichen Belange Portugals und Spaniens zu berücksichtigen bei der umfassenden Umsetzung der Empfehlungen des Berichts „Für ein stärkeres Europa“, der von der europäischen Verteidigungsindustrie der IEPG vorgelegt wurde;
3. zu prüfen, welche Vorteile sich für das Bündnis aus der gemeinsamen Abhängigkeit anderer WEU-Mitgliedstaaten von hochspezialisierten und wirtschaftlicheren Versorgungsquellen für Verteidigungsgerät ergeben könnten und damit die Möglichkeiten für die Beschaffung von Verteidigungsgerät aus Portugal und Spanien zu vergrößern;
4. parallel zu der Beteiligung Portugals und Spaniens an einem breiten Spektrum kooperativer Luft-, Seefahrt- und Raketenprogrammen gemeinsame europäische Ausbildungsmöglichkeiten und Kurse einzurichten und portugiesisches und spanisches Personal vorübergehend abzuordnen für eine Tätigkeit in militärischen Forschungseinrichtungen in anderen westeuropäischen Ländern;
5. die Beteiligung von Ländern mit weniger entwickelten Rüstungsindustrien (LDDIs), wie z. B. Portugal, an Projekten der technologischen Zusammenarbeit zu erleichtern durch die Einräumung begünstigter Aufnahmebedingungen;
6. zu prüfen, welche Möglichkeiten militärischen Einrichtungen im Bereich der Feldinstandsetzung der dritten Materialerhaltungsstufe innerhalb der WEU-Staaten zur Verfügung stehen, um — nach dem OGMA-Modell — kommerzielle Angebote für Wartungsverträge mit den Streitkräften anderer westlicher Länder und mit überprüften zivilen Stellen vorzulegen.

Tagesordnungspunkt:

Der Haushalt der Verwaltung der Versammlung für 1989

(Drucksache 1154 und Add.)

Berichterstatter: Abg. Linster (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

Die Haushaltsrechnung der Versammlung für 1987

(Drucksache 1152 und Add.)

Berichterstatter: Abg. Linster (Luxemburg)

Mittwoch, 7. Dezember 1988

Tagesordnungspunkt:

Erster Teil des 34. Jahresberichts des Rates der WEU

(Drucksache 1155)

Berichterstatter: Außenminister Sir Geoffrey Howe,
Amtierender Vorsitzender des Rates der WEU
(Vereinigtes Königreich)

(Themen: Konkretisierung der Haager Plattform — Sitz der ministeriellen Organe der WEU — Vorschlag Frankreichs zur Schaffung eines europäischen Instituts für Sicherheitsfragen — Revision des WEU-Vertrags — Frage einer Mitgliedschaft der Türkei in der WEU — Notwendigkeit nuklearer Abschreckung)

Prof. Dr. Soell (SPD): Sir Geoffrey, ich habe versucht, Ihren Ausführungen zu dem Problem der nuklearen Waffen und ihrer Rolle als Instrument der Kriegsverhinderung sehr aufmerksam zu folgen. Ich habe aber keine Antwort auf die Frage gefunden, weshalb Tausende taktischer Nuklearwaffen angeblich notwendig sind, um hier in Europa dazu beizutragen, daß kein Krieg geführt wird. Diese Tausende taktischer Nuklearwaffen erwecken die gefährliche Illusion, daß es doch taktische nukleare Kriegsführungsoptionen gibt. Wenn also nur der Zweck erreicht werden soll, daß von Krieg generell abgeschreckt wird, dann genügt die Anwesenheit einiger Dutzend taktischer Nuklearwaffen hier in Europa. Ich spreche ausdrücklich von **taktischen Nuklearwaffen unterhalb der Ebene der strategischen Waffen**. — Dies ist die erste Frage.

Die zweite Frage: **Wann wird die Plattform von Den Haag**, die sich ja wesentlich mit den Grundsätzen der Kriegsverhinderung und der Entspannung beschäftigt, **durch ein operatives Konzept ergänzt**, das den Zusammenhang zwischen Maßnahmen der Rüstung und solchen der Rüstungskontrolle und der Abrüstung auch im Detail herstellt? Wir vermissen gerade diesen Zusammenhang im Detail.

Außenminister Howe bekräftigt seine Auffassung, daß eine Begrenzung des Nuklearwaffenpotentials von

Westeuropa immer auch mit der Glaubwürdigkeit der Politik der Abschreckung verbunden sei. Die atomaren Kurzstreckenwaffen seien in ihrer Funktion als Teil des gesamten Waffenarsenals auf dem jetzigen Stand zu halten. Was die Konkretisierung der Haager Plattform betreffe, so erfolge diese schrittweise. Er teile die Auffassung des Fragestellers, daß in dem angesprochenen Bereich ergänzende Maßnahmen erforderlich seien.

Tagesordnungspunkt:

Die Reaktivierung und Erweiterung der WEU — Antwort auf den Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1163)

Berichterstatter: Abg. van der Sanden
(Niederlande)

(Themen: Zusammenlegung der ministeriellen Organe der WEU — Festlegung der Aufgaben der neuen Agentur — Zusammenarbeit zwischen Ministerrat und Versammlung — Stärkung der Stellung der Versammlung und ihre Mitwirkung an der Vertragsrevision)

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident, ich danke Ihnen. Ich habe damit die Gelegenheit, als erster den Dank der Versammlung an unseren Berichterstatter auszudrücken. Ich glaube, nachdem der Herr Kollege van der Sanden nicht zum ersten Mal zu diesem Thema spricht, hat er erneut bewiesen, daß er in der Lage ist, quer durch die verschiedenen Strömungen der Versammlung so korrekt zu berichten, daß wir alle nicht nur seine Informationen, sondern auch seine Meinung schätzen. Herzlichen Dank, Herr Kollege van der Sanden.

Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß die Versammlung innerhalb der Westeuropäischen Union das Problem hat, ihr Gewicht stärker als bisher in die Waagschale zu werfen. Ich glaube, dies ist unser Problem geworden, seit wir die etwas törichte Feststellung des Ministerrats von Rom erlebt haben, wir seien eigentlich nur für die Öffentlichkeitsarbeit der Westeuropäischen Union zuständig, wir seien aber nicht die parlamentarische Kontrollinstanz und vor allem nicht die Instanz, die für die Weiterentwicklung innerhalb der Westeuropäischen Union gesorgt hat.

Meine Damen, meine Herren, ich meine, wir sollten mit allem Nachdruck als **Versammlung** klarstellen, daß wir keine Public-Relations-Agentur sind, sondern daß wir uns als die **eigentliche Einrichtung der Westeuropäischen Union** fühlen und daß wir aus dieser Sicht heraus auch nicht erst abwarten wollen, was der Ministerrat bei der Neuregelung der Verträge beschließt, sondern daß wir als **Versammlung die Aufgabe haben, dem Ministerrat Vorschläge für eine Änderung des Brüsseler Vertrages zu machen**.

Ich möchte daher, meine verehrten Damen und Herren, an Sie appellieren, daß wir zu Beginn des kommenden Jahres in unseren politischen Gruppen, vor allem auch in den Kommissionen und dann in der Versammlung sehr ernsthaft darüber nachdenken, was wir den Ministern vorschlagen, damit sie nicht erneut

mit einem Vorschlag herauskommen, bei dem das Mißtrauen gegenüber den Parlamentariern größer ist als das Mißtrauen gegenüber einem potentiellen Gegner der WEU-Staaten.

Dies vorausgeschickt, Herr Präsident, sollten wir einen zweiten Gesichtspunkt mit in die Waagschale werfen. Wir sollten ernsthafte **Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit** nicht nur der Versammlung, sondern vor allem auch **des Ständigen Rates der Westeuropäischen Union** vorlegen. Als damals der WEU-Rat geschaffen wurde und die Botschafter am Hof vom Saint James gebeten wurden, ihre jüngsten Beamten einzusetzen, damit theoretisch Referate für die Westeuropäische Union existierten, hatte man immer noch angenommen, diese WEU werde nur nebenbei laufen, vielleicht gar nicht ein langes Leben haben.

Ich meine, daß in einer Zeit, in der es die moderne Technik erlaubt, Vertreter aller Mitgliedstaaten in wenigen Stunden in irgendeiner Hauptstadt des Bündnisses zu versammeln, die Möglichkeit geben muß, nicht nur einem Botschafter, der schon mit allen möglichen anderen Dingen überlastet ist, die Arbeit im Ständigen Rat zu überlassen. Es wird notwendig, **die Politischen Direktoren der Außenministerien diesen Ständigen Rat bilden zu lassen**, damit nicht erst durch langwierige Instruktionen und durch viele Umwege die Botschafter im Ständigen Rat ihre Möglichkeiten bekommen. Dieser Ständige Rat sollte eine Institution sein, die etwas schneller und, wie ich glaube, auch präzise beraten und beschließen kann.

Meine Damen, meine Herren, es wird ebenso notwendig werden, daß wir die Zusammenarbeit mit dem Ministerrat auf eine völlig neue Stufe stellen. Es hat keinen Sinn mehr, gelegentlich nach Sitzungen des Ministerrats im Politischen Ausschuß und im Präsidialausschuß am Sitz der jeweiligen Präsidialmacht zusammenzukommen, um ein paar mehr oder weniger interessante Informationen zu bekommen, Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern.

Nein, ich meine, wir müssen, wenn wir die Revision des Vertrages ernst nehmen, auch von uns aus vorschlagen, daß **Mitglieder der Versammlung**, die von der Versammlung gewählt werden, **an den Sitzungen des Ministerrats teilnehmen**, um sozusagen als zehnter Staat, wie ich fast gesagt hätte, den Ministern zu erklären, daß hier nicht nur die Exekutiven zusammenkommen, sondern daß die vereinigte parlamentarische Institution der Westeuropäischen Union innerhalb des Ministerrats ihr Votum abgibt.

Meine verehrten Damen, meine Herren, wir müssen auch sehr ernsthaft darüber nachdenken, ob wir es uns noch lange gefallen lassen können, daß ein Stillstand innerhalb der WEU deswegen herrscht, weil es im Augenblick nicht möglich ist, eine Einigung über den **Sitz der WEU** herbeizuführen. Wir können dies nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen nun von uns aus als Parlamentarische Versammlung sehr schnell zu einem Ergebnis kommen, auch wenn dies vielleicht ein strittig erzielttes Ergebnis ist, um den Ministern klarzumachen, daß man ein Bündnis nicht reaktivieren kann, wenn man nicht einmal die Chance hat, den Sitz des Bündnisses festzulegen.

Eine letzte Bemerkung, Herr Präsident. Wir sollten die allzu große Demut, die wir oft an den Tag gelegt haben, endlich beenden. Wenn wir einen neuen Vertrag als Nachfolger des Brüsseler Vertrages bekommen, sollten wir daran erinnern, daß damals, als 1948 der Brüsseler Vertrag entstand und als er 1954 revidiert wurde, die Staaten Europas immer noch — wie im 19. Jahrhundert — gegeneinander standen und parlamentarische Tätigkeit über die Grenzen hinaus etwas kaum Denkbare war.

Dies ist vorbei. Wir haben heute auf den verschiedensten Gebieten, etwa im Europäischen Parlament oder im Europarat, bewiesen, daß es möglich ist, eine vernünftige, über diplomatische Höflichkeiten hinausgehende Arbeit für das Zusammenwachsen Europas zu leisten.

Deswegen halte ich es für zwingend, daß wir als Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union dem Ministerrat, den verbündeten Regierungen und notfalls auch unseren eigenen nationalen Parlamenten erklären, daß diese **Versammlung** das **Zentrum der Westeuropäischen Union** werden muß.

Ich meine, Herr Berichterstatter, in Ihrem Sinne zu sprechen, wenn ich diese Vorschläge als erste Überlegung für eine Vertragsrevision vorgetragen habe.

Antretter (SPD): Herr Präsident! Wenn wir heute anläßlich der Vorlage des wieder sehr verdienstvollen Berichts unseres Kollegen van der Sanden und des 34. Jahresberichts des Rates erneut Bilanz über den Zustand der WEU und den Stand der Bemühungen um eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ziehen, so ergibt sich diesmal ein sehr uneinheitliches Bild.

Das Zusammenwirken der WEU-Staaten zur Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt im Persischen Golf und die anschließende gemeinsame Aktion zur Minenräumung der betreffenden Gewässer haben zum erstenmal seit Gründung der WEU gezeigt, daß die Mitgliedstaaten durchaus fähig sind, in einer **Region außerhalb des NATO-Gebietes** wichtige Beiträge zur Sicherheit zu leisten. Dies war, so meine ich, auch und nicht zuletzt im Verhältnis zu unseren amerikanischen Verbündeten von einiger Bedeutung. Man kann daher wohl sagen, daß diese Aktion der erste praktische Erfolg der WEU in Anwendung der geänderten Brüsseler Verträge war.

Am augenfälligsten seit unserer letzten Versammlung im Juni dieses Jahres ist jedoch der so rasche und erfolgreiche Abschluß der Beitrittsgespräche mit **Portugal und Spanien**, die bereits nach wenigen Monaten zur Unterzeichnung eines Beitrittsprotokolls zwischen diesen beiden Staaten und den sieben bisherigen Mitgliedsregierungen geführt haben. Es ist nur zu hoffen, Herr Präsident, daß die Prozedur, die zum Inkrafttreten des Beitritts verabredet worden ist, nicht länger dauert als die Beitrittsgespräche selbst.

Man kann sich hierbei durchaus die Frage stellen, weshalb die Regierungen es für richtig gehalten haben, Zustimmungsakte aller beteiligten Länder zu verabreden. Der betreffende Artikel XI des geänderten Brüsseler Vertrages, der das Beitrittsverfahren regelt, verlangt dies jedenfalls nicht. Nach dieser Be-

stimmung hätte es genügt, daß die eingeladenen Staaten Beitrittsurkunden bei der belgischen Regierung hinterlegen. Nachdem nun ein **Zustimmungsverfahren in neun westeuropäischen Ländern verabredet** worden ist, sollten alle Beteiligten alles daransetzen, unnötige Verzögerungen zu vermeiden, damit Portugal und Spanien so rasch wie möglich sowohl auf der parlamentarischen als auch auf der Regierungsseite aus vollem Recht an der WEU-Arbeit beteiligt werden können.

In einer Unterrichtung der deutschen Delegation am 25. November dieses Jahres in Bonn hat unser Staatsminister im Auswärtigen Amt, Herr Schäfer, die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls mit Portugal und Spanien als das wichtigste Ergebnis der jüngsten Ministerratssitzung in London bezeichnet.

So erfreulich dieses Ergebnis auch sein mag, so unterstreicht diese Aussage meinen Eindruck von dem uneinheitlichen Bild, das die WEU derzeit bietet. In vielen wichtigen Bereichen müssen wir nach wie vor völlige Stagnation feststellen. Das betrifft insbesondere die institutionellen und organisatorischen Fragen, die mit der **Sitzfrage** verknüpft sind, bei denen anscheinend niemand mehr weiß, wie man aus der Sackgasse herauskommen soll.

Aber auch was die politische Sacharbeit des Rates betrifft, so weist Herr van der Sanden zu Recht darauf hin, daß der Informationsgehalt der Unterrichtungen durch den Rat wenig konkret ist. Offenbar sind wir noch weit entfernt von einer Verwirklichung der verschiedenen Aspekte der Plattform europäischer Sicherheitsinteressen, deren Verabschiedung ja so vielversprechend schien. Wir erfahren allerdings von immer neuen Arbeitsaufträgen für Studien an die verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen des Rates, und es ist erfreulich, daß die laufende Unterrichtung der Versammlung rascher und intensiver geworden ist. Dabei denke ich insbesondere an die sehr instruktiven Informationsbriefe, die wir seit einiger Zeit vom Generalsekretär erhalten.

Es häufen sich Tagungen aller möglichen privaten und öffentlichen Institutionen, auf denen Politiker und Regierungsmitglieder immer neue Vorschläge zur europäischen Sicherheitspolitik in die Debatte einbringen. Ich denke da besonders an die kürzliche europäische Tagung des französischen Instituts für nationale Verteidigung.

Diese vielen an sich dankenswerten Initiativen und öffentlichen Äußerungen tragen allerdings bisher nicht dazu bei, beim Publikum größere Klarheit über ein europäisches Konzept in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erzeugen. Der Titel eines am 30. November in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienenen Aufsatzes über die europäischen Versuche zur Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen lautete bezeichnenderweise „Denn sie wissen nicht, was sie wollen“, und es fällt in der Tat schwer, diesen Eindruck zu widerlegen.

Ich meine, es kann nicht genügen, die WEU lediglich als ein Gremium zu betrachten, in dem ausschließlich diskutiert, aber nichts entschieden wird; der französische Staatspräsident hat kürzlich die Formulierung „groupe d'impulsion“ gebraucht. Es wird erforderlich

sein — auch in diesem Punkte stimme ich mit unserem Staatsminister Schäfer überein —, daß sich die Mitgliedstaaten über ein **Konzept für den „europäischen Pfeiler“** einigen können, das über die WEU als Konsultationsinstrument hinausführt.

Dies wird gewiß nicht einfach sein, aber es besteht jetzt eine neue Chance, zumal die Regierungen anläßlich des Beitritts von Portugal und Spanien beschlossen haben, eine **Revision des geänderten Brüsseler Vertrages** durchzuführen. Bei der Sensibilität dieses Unterfangens, zu dem man sehr viel sagen könnte, möchte ich mich auf einen Aspekt beschränken. Er betrifft die Zukunft unserer Versammlung. Der Artikel IX des geänderten Brüsseler Vertrages bildet seit fast 35 Jahren die Existenzgrundlage unserer Versammlung. Es hat schon von verschiedenen Seiten die unterschiedlichsten Vorschläge für eine Änderung dieser Bestimmung gegeben. Um noch einmal auf die Überschrift des von mir zitierten Artikels in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zurückzukommen: Wir als Versammlung sollten wenigstens wissen, was wir wollen. Wir sollten uns rasch darüber im klaren werden und den Rat und die Regierungen unsere Haltung wissen lassen, damit wir nicht von Entwicklungen überrollt werden, die von anderen bestimmt werden.

Dabei geht es nach meiner Auffassung um zwei Hauptfragen, erstens um die Frage der **Zusammensetzung der Versammlung**. Hier bin ich mit Herrn van der Sanden der Auffassung, daß alle Vorschläge daran gemessen werden sollten, ob sie die Rolle dieses Parlaments im Hinblick auf seinen Beitrag zur Ausarbeitung einer europäischen Sicherheitspolitik stärken oder schwächen. Wir müssen davon ausgehen, daß die Elemente einer solchen Politik noch für einen langen Zeitraum wie bisher in den Mitgliedstaaten entschieden werden, also auf nationaler Ebene von den betreffenden Parlamenten und Regierungen. Vorschläge, die darauf abzielen, die **Befugnisse der parlamentarischen Kontrolle in Sicherheitsfragen auf das Europäische Parlament zu übertragen**, können in der gegenwärtigen Situation nur zu einer Schwächung dieser parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten führen, weil ein ausschließlich auf europäischer Ebene gewähltes und handelndes Parlament keinerlei direkten Einfluß auf die nationalen Entscheidungen nehmen kann.

Ich könnte mir eher vorstellen, einer Überlegung näherzutreten, wie Herr van der Sanden sie erwägt, indem er sagt: Eine weitere Möglichkeit würde darin bestehen, zu akzeptieren, daß das Wort „Vertreter“ im Art. IX gleichzeitig auf Vertreter und Stellvertreter in dem Sinne zutrifft, in dem die Geschäftsordnung der Versammlung diese beiden Wörter auslegt. In diesem Falle dürfte es — so Herr van der Sanden — leicht sein, zwischen den Delegationen Einigkeit dahin gehend zu erzielen, daß die **Vertreter bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Stellvertreter bei der WEU-Versammlung** sind und umgekehrt, wodurch — wie er für mein Empfinden richtigerweise ausführt — eine Spezialisierung bei den Mitgliedern der doppelt besetzten Delegationen der Parlamente der verschiedenen Länder möglich wäre.

Die zweite Hauptfrage ist: Wie steht es eigentlich um unsere Rechte und Befugnisse? Bisher sind wir eine rein beratende Versammlung ohne echte Mitbestimmungs- und Kontrollrechte. Wollen wir, daß dies immer so bleibt, oder sollten wir nicht die sich jetzt bietende Chance wahrnehmen, um Verbesserungen zu verlangen? Sicher müssen wir in diesem Bereich realistisch vorgehen und sollten nur solche Vorschläge einbringen, die eine Verwirklichungschance haben. Man könnte daran denken, daß die **Versammlung die vollständige Autonomie in ihren eigenen Angelegenheiten** — einschließlich Finanz-, Verwaltungs- und Personalhoheit — erhält. Aber gibt es nicht auch Bereiche, die die Gesamtorganisation der WEU betreffen, in denen die Versammlung **Mitbestimmungsrechte** erhalten könnte und sollte? Warum sollte die Versammlung zum Beispiel nicht über institutionelle Fragen und über die Sitzfrage mitentscheiden können?

Bis zu einer echten parlamentarischen Kontrolle der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist es ohne Zweifel noch ein langer Weg. Aber ich meine, es sei die Zeit gekommen, daß wir uns über unsere Zielsetzungen klarwerden. Herr van der Sanden hat darauf hingewiesen, daß die unsere Versammlung betreffenden Fragen auf dem Kolloquium vertieft werden sollten, das der Politische Ausschuß Ende März nächsten Jahres in Florenz veranstaltet. Hoffentlich haben wir noch so lange Zeit! — Vielen Dank.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst dem Dank, den der Kollege van der Sanden von allen Rednern erfahren und den er für die gründliche Ausarbeitung dieses Berichts auch verdient hat, anschließen. Es ist, wenn ich mich richtig erinnere, der dritte Bericht, den Sie, lieber Herr Kollege van der Sanden, vorlegen. Das setzt uns in die Lage, nicht nur eine Momentaufnahme des Zustandes unserer Organisation zu bekommen, sondern einen Überblick über einen längeren Zeitraum zu erhalten. Dafür bin ich Ihnen besonders dankbar, aber auch dafür, daß Sie uns den nächsten Bericht wiederum erstatten werden.

Diese Sitzungsperiode ist die erste nach dem Beschluß der Minister über den **Beitritt von Spanien und Portugal**. Ich bin sehr froh darüber, daß dieser Beitritt endlich realisiert werden konnte, den die Versammlung seit Jahren bereits dringend gefordert hat.

Dabei sollten wir uns klar darüber sein, daß dieser Beitritt auf der Grundlage der Vorarbeiten der sehr erfolgreichen niederländischen Präsidentschaft möglich war, für die ich mich nochmals besonders bedanken möchte.

Ich hoffe, daß es möglich sein wird, in einem überschaubaren Zeitraum auch über die Beitrittswünsche weiterer europäischer Staaten positiv zu entscheiden, sobald die formellen und materiellen Voraussetzungen für einen Beitritt gegeben sind.

Es ist bereits mehrfach angesprochen worden, Herr Präsident, daß wir uns über die **Fortentwicklung der Westeuropäischen Union** Gedanken machen müssen. Das war der Grund, weshalb wir gestern morgen — ich meine mit Recht — einen Dringlichkeitsantrag

abgelehnt haben, der Teile dieser Überlegungen vorwegnehmen wollte. Nichts eignet sich weniger für ein Dringlichkeitsverfahren als diese komplexen Überlegungen über die Fortentwicklung unserer Organisation.

Dabei wird es darauf ankommen, daß in diese Überlegungen die Versammlung möglichst frühzeitig — ich meine von Anfang an — mit eingeschaltet wird; denn es geht dabei ja auch um die **Position der Versammlung** und ihrer Mitglieder, der Abgeordneten in der WEU.

Wenn man sie mit dem Europäischen Parlament und mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vergleicht, dann befindet sich die Versammlung der WEU in der schwächsten institutionellen Situation. Ich meine, wir sollten verlangen, daß wir so wie das Europäische Parlament gestellt werden. Wir brauchen eine **größere Autonomie**; wir brauchen eine stärkere und abgesichertere institutionelle Position; wir brauchen auch bessere äußere Bedingungen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu dem von französischer Seite in die Diskussion gebrachten **Institut**. Ohne auf diesen Vorschlag bereits jetzt abschließend eingehen zu wollen, finde ich einen Gedanken aus diesem Vorschlag gut, den Gedanken nämlich, daß dieses Institut auch der Versammlung zur Verfügung stehen soll. Es ist in der Tat so, daß wir dringend eine Einrichtung brauchen, die frei von den Weisungen der Regierungen der Versammlung zur Verfügung steht. Diese Forderung sollten wir auch bei den nun fällig werdenden Überlegungen über eine Änderung des WEU-Vertrages im Auge behalten.

Der Ausschuß hat, Herr Präsident, diesen Bericht eingehend beraten. Es gab mehrere Änderungsvorschläge, die im Zuge der Verhandlungen diskutiert und in den Bericht aufgenommen worden sind. Ich bitte die Versammlung, den Bericht anzunehmen. — Danke schön.

Empfehlung 463

betr. die Reaktivierung und Erweiterung der WEU — Antwort auf den Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- i. ist der Ansicht, daß Westeuropa aufgrund der positiven Entwicklung der internationalen Lage und aufgrund der demnächst anstehenden Termine in den Ost-West-Beziehungen besondere Verantwortlichkeiten bei den Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Waffen übernehmen muß zur Gewährleistung seiner Sicherheit, zur Förderung der Abrüstung und als Beitrag zum internationalen Frieden;
- ii. stellt fest, daß der Rat die Reaktivierung der WEU als abgeschlossen betrachtet, daß jedoch allerhöchste Stellen bestimmter Mitgliedstaaten diese Ansicht nicht zu teilen scheinen;
- iii. stellt fest, daß es noch immer keine befriedigende Definition der Aufgaben der WEU-Agentur gibt;
- iv. begrüßt, daß die Unterrichtung der Versammlung durch den Rat im Jahre 1988 deutlich verbessert wurde;
- v. stellt jedoch fest, daß
 - a) der Rat nicht alle in der Empfehlung 457 gestellten Fragen beantwortet hat;
 - b) die Mitteilungen des Rates an die Versammlung hinsichtlich der Art und Weise, wie der Rat den geänderten Brüsseler Vertrag auszulegen und durchzuführen gedenkt, viele Unklarheiten enthalten;
 - c) die Zusage des Rates, die Berichte der Agenturen an die Versammlung weiterzuleiten, nur teilweise eingehalten wurde;
- vi. begrüßt den Beitritt Spaniens und Portugals zur WEU;
- vii. stellt fest, daß die neun Unterzeichnerstaaten des geänderten Brüsseler Vertrags sich darüber einig sind, daß eine Vertragsüberprüfung erforderlich ist;
- viii. ist der Ansicht, daß eine zufriedenstellende Anwendung der Artikel V, VIII und IX des Vertrags in der Tat die Streichung oder Aktualisierung der Protokolle der Pariser Verträge, die nicht mehr den Erfordernissen der europäischen Sicherheit entsprechen, verlangt;
- ix. erinnert daran, daß es Aufgabe des Rates ist, die Versammlung ausführlich und genau über alles zu unterrichten, was die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrages betrifft;
- x. hofft, daß das Kolloquium über die Zukunft der europäischen Sicherheit, das im März 1989 in Florenz stattfinden soll, zu einer erfolgreichen Festlegung der durchzuführenden Aufgaben führen wird, damit die WEU einen bedeutenden Beitrag zur Errichtung eines europäischen Pfeilers des Atlantischen Bündnisses leisten kann;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Absätze der Empfehlung 457 zu beantworten, in denen der Rat gefragt wird,
 - a) wie er den politischen Anstoß, den er der Rüstungszusammenarbeit verleihen möchte, herbeizuführen gedenkt;
 - b) wann er beabsichtigt, der Versammlung die Studien der Agenturen zu übermitteln, die er bislang der Versammlung noch nicht vorgelegt hat;
 - c) welche Fortschritte bei seinen Studien über die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten im Bündnis erzielt wurden;
2. die Versammlung über die von der IEPPG auf ihrer Sitzung am 9. November 1988 in Luxemburg ergriffenen Beschlüsse zu unterrichten;
3. sicherzustellen, daß in seinem Jahresbericht alle seine Aktivitäten sowie die Durchführung der Aufgaben erwähnt werden, die den Organen der WEU gemäß den Pariser Verträge und kraft des

Ratsbeschlusses vom 7. Mai 1955 für die Dauer der Gültigkeit dieser Texte obliegen;

4. die Versammlung über die Schlußfolgerungen des von ihm am 14. und 15. März 1988 in Den Haag veranstalteten Seminars über Verteidigungsressourcen zu informieren;
5. im Hinblick auf die zu behandelnde Thematik sowie angesichts der Zuständigkeit der Versammlung für die Unterrichtung der Öffentlichkeit die Versammlung einzuladen, sich kraft ihrer Funktion an dem von ihm für 1989 geplanten Seminar über die Unterrichtung der Öffentlichkeit zu beteiligen;
6. darzulegen, ob die Schaffung der in dem Schreiben des Generalsekretärs an den Präsidenten der Versammlung erwähnten „intergouvernementalen Organe“ der WEU in Anwendung der Artikel VIII und IX des geänderten Brüsseler Vertrages erfolgte;
7. nicht auf eine Einigung über einen gemeinsamen Sitz der ministeriellen Organe der WEU zu warten, um — wie ihn die Versammlung in ihren Empfehlungen 428, 429, 432, 438, 442, 451 und 454 gebeten hat — die Aufgaben der neuen Agentur festzulegen und zu erläutern, wie er die zukünftige Rolle von ACA (Amt für Rüstungskontrolle) und SAC (Ständiger Rüstungsausschuß) sieht;
8. auszuführen, was die ministeriellen Organe der WEU in Weiterverfolgung des vom französischen Verteidigungsministeriums im November 1988 veranstalteten Seminars tun werden, um die Öffentlichkeit mehr über die europäischen Sicherheitserfordernisse zu informieren;
9. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, an dem Kolloquium über die Zukunft der europäischen Sicherheit, das der Politische Ausschuß vom 21. bis 23. März 1989 in Florenz veranstalten wird, teilzunehmen und sich umfassend an den Diskussionen dieses Kolloquiums zu beteiligen.
10. unverzüglich eine Überprüfung der Bestimmungen des geänderten Brüsseler Vertrags, deren Streichung oder Abänderung ihm notwendig erscheinen, vorzunehmen und der Versammlung die Ergebnisse dieser Überprüfung vorzulegen.

Tagesordnungspunkt:

**Der Austausch von Armeeingehörigen
innerhalb der nationalen Truppenverbände
der einzelnen Mitgliedstaaten**

(Drucksache 1171 — S. . .)

Antragsteller: Abg. Dr. Hitschler
(Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Hitschler (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich möchte Sie bitten, der Überweisung dieser Empfehlung an den Politischen Ausschuß zuzustimmen. Die Empfehlung bezieht sich so-

wohl auf **Teil III der Haager Plattform**, in dem eine Verbesserung der Ausbildung gefordert wird, will aber auch und insbesondere den Gedanken der gegenseitigen **Integration der Truppenverbände der WEU** fördern.

Die Schaffung der **deutsch-französischen Brigade** hat bei den übrigen Mitgliedstaaten der WEU zu vorübergehenden Irritationen geführt. Zwischenzeitlich wurde erkannt, daß eine so weitgehende Zusammenarbeit aus der Sicht der WEU an sich nur zu begrüßen ist, weil diese Form der militärischen Partnerschaft den Sicherheitsinteressen der WEU-Mitgliedstaaten dienlich ist. Eine so ausgerichtete Gemeinsamkeit sollte aber alle Mitgliedstaaten der WEU umfassen, da für alle der gleiche Integrationsgedanke gültig ist. Es sollte daher auf Dauer nicht bei einem Sonderverhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bleiben; ein **Zusammenwirken auch der übrigen Mitgliedstaaten** ist notwendig, um dem Gesamtkonzept der WEU gerecht zu werden.

Durch die Ableistung eines Teils der Dienstzeit in einem Truppenverband eines verbündeten Partners wird eine bessere Kenntnis des Aufbaus der Befehlswege, der Waffensysteme und der inneren Führung der verbündeten Streitmacht vermittelt. In einem Ernstfall, in dem Einheiten verschiedener Nationen, nebeneinander agierend, einen gemeinsamen Kampfauftrag zu erfüllen haben, könnten diese besseren Kenntnisse erhebliche Vorteile mit sich bringen.

Deshalb erscheint es sinnvoll, bereits in Friedenszeiten die Voraussetzungen für eine bessere Verzahnung eben nicht nur auf Stabsebene zu schaffen. Das Motto „Lerne die Sprache deines Nachbarn“ sollte darüber hinaus nicht nur ein kulturell wünschenswerter Akzent sein; es kann auch als eine militärische Notwendigkeit gesehen werden.

Fragen, die bei der **praktischen Ausgestaltung** auftauchen, sollten in einem Bericht vertieft werden. Dies könnte Fragen wie beispielsweise den Austausch betreffen, der auf Friedenszeiten begrenzt sein und auf freiwilliger Basis erfolgen müßte. Die Austauschmöglichkeit sollte sowohl für Wehrpflichtige als auch für Zeit- und Berufssoldaten gegeben sein können. Als zeitliche Begrenzung wäre etwa an einen Zeitraum von drei Monaten zu denken. Für die Besoldung ebenso wie für die Gerichtsbarkeit sollte das entsendende Land zuständig bleiben.

All diese Detailfragen bedürfen der näheren Untersuchung und Prüfung. Im Politischen Ausschuß könnte eine entsprechende Abklärung vorgenommen werden. Ich möchte Sie bitten, diese Empfehlung dem Politischen Ausschuß zu überweisen.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident, ich glaube, es sind in der Tat mehrere Kommissionen mit dem Vorschlag befaßt. Es geht zunächst einmal um die politische **Grundsatzfrage**; sie gehört in den **Politischen Ausschuß**. Die weiteren Fragen, die Herr Kollege Dr. Hitschler eben angesprochen hat — bis hin zur Gerichtsbarkeit und zur Besoldung —, gehören sicher nicht in den Politischen Ausschuß. Der Politische Ausschuß sollte die Grundsatzdiskussion führen und dazu einen Bericht vorlegen, auf dessen Basis der Verteidigungsausschuß weitere Überlegungen anstellen kann.

Wir sollten daher vom Grundsatz her zunächst einmal der Überweisung in den Politischen Ausschuß zustimmen und anschließend den Verteidigungsausschuß bitten, auf der Grundlage dieser Empfehlung weiterzuarbeiten.

(Der Antrag [S. 27] wurde dem Präsidialausschuß zur weiteren Überweisung an den Politischen Ausschuß und zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuß zugeleitet)

Tagesordnungspunkt:

Abrüstung — Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1158)

Berichtersteller: Abg. Tummers
(Niederlande)

(Themen: Konkretisierung der Haager Plattform — Prioritäten bei der Rüstungskontrolle — Strategische und taktische Waffen — Tätigkeit der WEU-Agentur)

Dr. Scheer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Bericht des Verteidigungsausschusses sprechen. Ich hebe dies deshalb hervor, weil es ein Kompromißpapier des Verteidigungsausschusses ist und sicherlich nicht das wiedergibt, was der Berichtersteller Herr Tummers als originäre Auffassung zum Abrüstungsprozeß in der Debatte beigetragen hat. Es gab früher einen Bericht des Kollegen Tummers, der vom Verteidigungsausschuß verworfen worden ist und der meine große Sympathie hatte. Das Bemühen des Kollegen Tummers, ein Kompromißpapier zustande zu bekommen, führt dann auch zu der jetzigen Situation, daß nämlich einzelne etwas kritisieren, ohne daß er dabei persönlich angesprochen ist. Ich will das deshalb hervorheben, weil ich in den meisten abrüstungspolitischen Fragen immer eine hohe persönliche Identität mit dem Kollegen Tummers empfunden habe.

Ich möchte zunächst zur Debatte zwei Bemerkungen machen. Die eine Bemerkung bezieht sich auf den **Begriff der Modernisierung**. Ich glaube, dieser Begriff ist von vornherein falsch angesetzt; er ist eine Selbsttäuschung. Denn es geht hier nicht um eine normale Modernisierung, wie sie bei Streitkräften, solange sie nicht Bestandteil eines Abrüstungsvertrages sind, immer wieder anstehen würde, sondern es geht bei den atomaren Kurzstreckenwaffen tatsächlich um eine atomare Neurüstung mit einer neuen Qualität wechselseitiger Bedrohung, die damit ausgelöst wäre. Es geht darüber hinaus bei dieser Frage um eine echte Kompensation wegfallender westlicher Mittelstreckenraketen, wobei man aber die Frage stellen muß: Wofür ist Kompensation notwendig, wenn doch für den Wegfall westlicher Mittelstreckenraketen auch die östlichen Mittelstreckenraketen weggefallen sind? Das heißt, es gibt keinen Grund für eine Kompensation; dies muß man hervorheben. Es geht hier nicht um Modernisierung, sondern um eine atomare Neurüstung. Nur dann reden wir wirklich von dem, was hier vorgeht.

Der zweite Punkt: Vom Kollegen de Beer ist hervorgehoben worden, daß seitens der sowjetischen Botschaft gesagt worden sei, die Sowjetunion habe gegen das, was hier in der Empfehlung stehe, keine Einwände. Ich frage mich: Seit wann definiert die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union ihren Standpunkt zur Abrüstung über das, was die Sowjetunion dazu sagt? Das frage ich mich. Das ist ja ein völlig neues Argument. — (Beifall) Es geht hier um die eigene Position auf Grund eigener Bewertung der Probleme und der Sachverhalte.

Von daher möchte ich hervorheben, daß mich die Auffassung des sowjetischen Botschaftsvertreters gar nicht so sehr wundert. Warum? Es wundert mich nämlich auch nicht, daß es z. B. seitens der amerikanischen Regierung eine große Ablehnung von Abrüstungsprozessen bei Kurzstreckenraketen gibt. Der Grund ist doch ganz einfach — man sieht ihn im übrigen im Text selber —: Wir haben uns nämlich alle eine Sprache angewöhnt, die besagt: **Strategische Waffen** sind Waffen der Supermächte, und die anderen Waffen, die atomaren Kurzstreckenwaffen, sind **taktische Waffen**.

Was heißt das denn? Bei strategischen Waffen geht es also offensichtlich um das Ganze; bei taktischen Waffen geht es nur um das Vorfeld. Wir sind aber das Vorfeld, und wenn das Vorfeld gefährdet ist, dann sind wir strategisch betroffen. Das heißt, atomare Kurzstreckenwaffen sind für die Staaten Europas Waffen von strategischer Bedeutung. Sobald wir den Begriff akzeptieren, also: hier taktische und dort strategische Waffen, akzeptieren wir vom Begriff her, daß wir die Rolle eines Vorfeldes für die Supermächte spielen. Deswegen lehne ich diese Begrifflichkeit ab. Man sollte vielmehr von Fern- und von Kurzstreckenraketen sprechen. Es ist doch völlig klar, daß das Schwergewicht der Supermächte, der Sowjetunion wie auch Amerikas, bei der Abrüstung von Fernraketen, von Interkontinentalraketen, liegt. Es liegt auf keinen Fall bei atomaren Kurzstreckenwaffen. Denn natürlich bedeutet die Möglichkeit der Verfügung über atomare Kurzstreckenwaffen die Möglichkeit der Regionalisierung von atomaren Konflikten und damit die Möglichkeit, vielleicht das eigene Territorium der Supermächte von einer eventuellen atomaren Auseinandersetzung ungeschoren zu lassen.

Das heißt, so richtig es aus der Sicht der Supermächte ist, daß sie ihre Prioritäten bei der Abrüstung der Interkontinentalraketen sehen, so richtig ist es von seiten der europäischen Staaten, ihre Priorität bei der Abrüstung der atomaren Kurzstreckenraketen zu sehen. Wenn wir das als WEU ablehnen und sogar meinen, wir könnten uns bestätigt fühlen, weil die Sowjetunion wie die USA kein Interesse an einer Abrüstung atomarer Kurzstreckenraketen hat, dann vertreten wir nicht das europäische Interesse und nicht das eigene Interesse. Das ist die Herausarbeitung des Sachverhaltes aus meiner Sicht.

Es gibt also zwei Gründe, warum wir in nächster Zeit neben den Bemühungen um eine Rüstungsreduzierung im konventionellen Bereich ein **Schwergewicht auch auf Abrüstungsprozesse bei atomaren Kurzstreckenraketen** ansetzen müssen. Der eine Grund ist

der: Es ist unser Beitrag zum atomaren Abrüstungsprozeß von europäischer Seite aus.

Der zweite Grund ist der: Die Sowjetunion hat bei Kurzstreckenraketen ein Übergewicht von 1 : 12. Es stehen zwölf bis dreizehn Mal soviel sowjetische Kurzstreckenraketen in Osteuropa wie amerikanische Kurzstreckenraketen in Westmitteleuropa. Das heißt, wenn wir den Abrüstungsprozeß bei Kurzstreckenraketen fordern, dann geht dies in die Richtung eines Abbaus sowjetischer Überlegenheiten auf diesem Sektor. Warum dies von westlicher Seite aus abgelehnt wird, ist mir völlig unverständlich. Ich sehe nur eine Erklärung. Es besteht hier ein Dogmatismus der **Abschreckungsdoktrin**, der die Weigerung innerhalb des Westens hervorruft, weitere Abrüstungsschritte bei atomaren Kurzstreckenraketen zu vollziehen. Aber es geht hier um politische Zielsetzungen, die sehr wichtig sind, und nicht um die Erfüllung irgendeines Dogmas, das in den letzten 30 Jahren entwickelt worden ist und heute zu einer Bremse für die Zukunftsentwicklung geworden ist.

Ein weiterer Grund, warum wir darauf ein Schwergewicht legen müssen, bezieht sich eben darauf, daß dies unser Interesse ist.

Damit komme ich konkret auf die Punkte 1 a) und 1 b) sowie auf den Punkt 2 der Recommendations zu sprechen. Es ist aus den besagten Gründen abzulehnen, daß im Punkt 1 a) das Schwergewicht ausschließlich auf konventionelle Rüstungsreduzierung und auf Abrüstung chemischer Waffen gelegt wird. Wir dürfen uns nicht die Hände binden und müssen neben dem Abrüstungsprozeß bei konventionellen Waffen eine Verhandlungsrunde installieren, in der es um die Reduzierung und den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen geht. Eine Abrüstungspause bei Atomwaffen in Europa für die nächsten zehn Jahre, bis vielleicht einmal ein Ergebnis eines Vertrages über konventionelle Abrüstung vorhanden ist, können und dürfen wir uns nicht leisten. Aber genau diese Pause würde eintreten, wenn der Punkt 1 a) Realität der Politik würde.

Zum Punkt 1 b): Dieser Punkt ist völlig unhaltbar. Ich kann nur davor warnen, so etwas zu beschließen. Darin steht nämlich zum einen, daß Rüstungskontrollmaßnahmen global sein müssen. Was heißt denn das? Die Bemühungen um eine europäische konventionelle Abrüstungskonferenz sind nicht global, sondern kontinental. Hier würde, wenn dies so beschlossen würde, sogar dem Prinzip der europäischen Abrüstungskonferenz eine Absage erteilt. Das heißt, dieser Satz ist unhaltbar.

Zum anderen steht hier, daß Staaten nicht verboten werden sollte, was anderen zu tun erlaubt ist. Was heißt denn das wiederum? Das heißt, diese Passage ist gegen den WEU-Vertrag. Denn der WEU-Vertrag sieht vor, daß z. B. die Bundesrepublik Deutschland keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen herstellen darf. Uns in der Bundesrepublik ist also etwas verboten, was anderen erlaubt ist. Ich bin dafür, daß das verboten bleibt, um das ausdrücklich zu sagen. Ein solcher Satz würde aber die WEU-Vertragsbestimmungen im Grunde genommen negieren.

Noch etwas: Ein solcher Satz würde bedeuten, daß der gesamte **Non-Proliferationsvertrag** im Grunde genommen von uns philosophisch zurückgewiesen würde. Denn der Non-Proliferationsvertrag verbietet vielen, vielen Ländern, die unterschrieben haben, etwas zu tun, was anderen, nämlich den Atomwaffenstaaten, gegenwärtig noch erlaubt ist. Das bedeutet, dieser Satz ist nicht korrekt überlegt; er kann so nicht stehenbleiben. Das sage ich jetzt nicht aus sozialistischer oder aus persönlicher Sicht, sondern dies muß im Grunde genommen aus der Sicht der Versammlung vom WEU-Geist her insgesamt zurückgewiesen werden.

Zum Punkt 2: Hier wird der **Vorschlag** von Gorbatschow für eine **gesamteuropäische Gipfelkonferenz zur Abrüstung** abgelehnt, und es wird auf den Rahmen der KSZE verwiesen.

Ich halte diese Zurückweisung unter Punkt 2 für falsch. Wir brauchen eine einige vertragliche Vereinbarung über konventionelle Abrüstung. Diese einige Vereinbarung wird nicht zustande kommen, wenn wir diesen Abrüstungsprozeß der Abrüstungsdiplomatie allein überlassen. Diese hat nicht die politische Kompetenz für eine Beschleunigung des Verfahrens. Ich plädiere deshalb ausdrücklich für ein Amendement, das zum Punkt 2 aussagt, daß wir von der WEU aus fordern sollten, eine **Konferenz aller Außen- und Verteidigungsminister der Warschauer-Pakt-, der WEU- und der NATO-Staaten**, die bei der europäischen Abrüstungskonferenz beteiligt sind, durchzuführen, um diesen Abrüstungsprozeß zu beschleunigen. Denn diese hat das politische Mandat, so etwas wirklich beschleunigen zu können. Wir dürfen dies nicht in der Abrüstungsdiplomatie, in dem zählebigen Prozeß, der da immer wieder erlebt werden kann, verkommen lassen. Das ist kein Votum gegen die Abrüstungsdiplomatie, aber ein Votum für die Politik. Wir dürfen nicht riskieren, daß es bei den Abrüstungsverhandlungen über Europa zu einer Wiederauflage der MBFR-Verhandlungen kommt, die seit 15 Jahren ohne Ergebnis sind; dies ist ein Trauerspiel.

Wir müssen Zeit gewinnen, und zwar auch aus einem anderen Grund. Viele sagen, man müsse bei der Aufnahme großzügiger sowjetischer Angebote, die völlig neu gegenüber dem seien, was vor Gorbatschow der Fall gewesen sei, vorsichtig sein, weil man ja nicht wisse, wie lange sich Gorbatschow halten könne. Gerade wenn man aber Befürchtungen hat, daß vielleicht der Gorbatschow-Kurs aus internen Gründen nicht durchgehalten werden kann, müssen wir so schnell wie möglich seriöse und beiderseitig kontrollierte und weitgehende Abrüstungsverträge schließen. Denn der Abrüstungsvertrag ist ein Faktum und würde ein Faktum werden, hinter das keine Regierung in Ost und West mehr zurückfallen dürfte. Also, all diejenigen, die dem Frieden nicht trauen, die also der Stabilität und der Langatmigkeit des neuen sowjetischen Kurses nicht trauen, müßten daher einen besonderen Grund haben, so rasch wie möglich zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, damit die Chance, die im Moment auf dem Tisch liegt, fixiert werden kann. — Vielen Dank.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Ich möchte unseren Änderungsantrag Nr. 6 begründen. Wir haben diesen Änderungsantrag vorgelegt, weil wir erstens die Meinung vertreten, möglichst eine breite Übereinstimmung der WEU-Staaten erreichen zu wollen und auch erreichen zu können, damit zweitens der Unterabsatz a) des Absatzes 1 präziser gefaßt wird und unser Wollen als Versammlung deutlicher beschreibt.

Wir stellen dabei weiterhin — dies halten wir für sehr wesentlich — die Übereinstimmung mit der **Entschlie-
ßung 200 (1988) der 34. Jahrestagung der Nordatlan-
tischen Versammlung** vom November 1988 fest.

In dieser Entschlie-ßung heißt es — ich zitiere hier wörtlich —:

„Die Versammlung

1. ist entschlossen, sich für die Annahme neuer, einander ergänzender, militärisch bedeutender und tatsächlich verifizierbarer stabilisierender Maßnahmen einzusetzen, die eine größere Transparenz und eine bessere Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten ermöglichen, um dadurch die Risiken von Überraschungsangriffen oder massiven Offensiven herabzusetzen, die Gefahr eines durch ein Mißverständnis oder eine Fehleinschätzung ausgelösten bewaffneten Konflikts zu verringern und jeden Einsatz von Gewalt für politische Einschüchterungszwecke zu verhindern;
2. verweist auf die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, in denen die Teilnehmerstaaten ihr Interesse an allen Anstrengungen bekunden, die den Abbau militärischer Konfrontationen und die Forderung nach Abrüstung zum Ziel haben;
3. erkennt den komplementären Charakter von Rüstungskontrollmaßnahmen an, die die Struktur der Streitkräfte betreffen und auf eine Reglementierung der militärischen Aktivitäten abzielen;
- ...
5. und hofft, daß bei den anstehenden Gesprächen über konventionelle Waffen jede Möglichkeit für Fortschritte gründlich geprüft wird;
- ...
12. fordert die 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa dringend auf, während der nächsten Tagung dieser Konferenz weitere Maßnahmen zu verabschieden, die mit dem Mandat von Madrid aus dem Jahre 1983 in Einklang stehen ...“

Punkt b) beschreibt unser Wollen sehr präzise, nämlich: „In Übereinstimmung mit einem Gesamtkonzept, das den Zusammenhang zwischen konventionellen und nuklearen Komponenten unserer Streitkräfteplanung und Verhandlungsstrategie umfaßt, sollten Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen mit Reichweiten unter 500 km sowie konventionelle Streitkräfte so geführt werden, daß sie jederzeit zur Stabilität in Europa beitragen.“

Punkt b) kann auch deswegen nicht unsere Zustimmung finden, weil die Formulierung „Rüstungskontrolle sollte weltweit gültig sein und sollte bestimmten Ländern nichts verbieten, was anderen gestattet ist“ mißverständlich ausgelegt werden kann. Sie darf deshalb so nicht stehenbleiben.

Mein Kollege Scheer hat dieses bereits eingehend begründet. Ich möchte an diesem Punkt, weil ich zu einem Änderungsantrag spreche, einen wichtigen Hinweis auf diese Passage geben. Ich bin wie mein Kollege Scheer der Auffassung, daß diese Formulierung ein **Verstoß gegen den Geist des WEU-Vertrags und gegen den Atomwaffensperrvertrag** darstellt. Sie beinhaltet — angewendet auf die Bundesrepublik — eine sicherheitspolitische Dimension, die sicherlich keiner der anderen WEU-Partner will.

Wir Sozialdemokraten lassen Spekulationen über Besitz, Lagerung und Verfügungsgewalt von atomaren Waffen nicht zu und lehnen diesbezügliche ansatzweise erkennbare Unschärfen vom Grundsatz her ab.

Punkt c) geht auch auf die nuklearen Gefechtsfeldwaffen ein; eine Position, die im Bericht nicht zu finden ist. Konkret lautet unsere Ziffer c): „Um die Stabilität zu stärken und um ein Abkommen über konventionelle Stabilität zu ergänzen und zu unterstützen, sollte der Reduzierung und dem Abzug nuklearer Gefechtsfeldwaffen vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet werden.“

Nukleare Gefechtsfeldwaffen sind keine Kurzstreckensysteme, sondern nukleare Gefechtsfeldwaffen sind in der Größenordnung bis 40 km einzuordnen.

In Punkt c) heißt es weiter: „Ihre kurze Reichweite, die geringe Anzahl von Munitionsdepots und ihre Kriegsführungslogik tragen im Krisenfall zu gefährlicher Instabilität bei.“

Mein Kollege Scheer hat mehrfach auf die Kurzstreckensysteme hingewiesen. Ich möchte verdeutlichen: **Für die Bundesrepublik sind nukleare Gefechtsfeldwaffen** — bedingt durch die räumliche Ausdehnung der Bundesrepublik — durchaus als **strategische Waffen** einzuschätzen und nicht so sehr als taktische, obwohl sie, wenn man sie zahlenmäßig auflistet, sicherlich nicht dazugehören.

Die Punkte d) und e) sind ein konkreter Vorschlag, vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren.

Die Ziffern f) und g) gehen auf die **Verifikation** ein, wobei ich die Ziffer g) — „Rüstungskontrolle sollte schrittweise erfolgen, wobei die Sicherheit aller Beteiligten dauerhaft gewährleistet bleiben muß“ — unterstreichen möchte. Wir haben die Worte „schrittweise erfolgen“ deswegen gewählt, um denen die Zustimmung zu erleichtern, die — aus ihrer Sicht sicherlich richtig — bemerken: Wir können uns nicht ausziehen, wenn sich auf der anderen Seite nichts bewegt, indem konkrete Abrüstungsschritte vereinbart und verifiziert werden.

Ich bitte nochmals um Zustimmung zu dem Änderungsantrag Nr. 6. Ich bitte auch deshalb um Zustimmung, weil ich der Überzeugung bin, daß weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um der Ver-

pflichtung, Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zur Beeinträchtigung der territorialen Unversehrtheit oder der politischen Unabhängigkeit eines Staates zu verhindern, größere Wirksamkeit und stärkeres Gewicht verliehen werden müßte — übrigens eine Auffassung, die nicht nur wir Sozialdemokraten hier formuliert haben, sondern wer die NAV-Entscheidung 200 (1988) nachliest, wird diesbezüglich ebenfalls einen Hinweis finden.

Kittelmann (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine Damen und Herren, ich kann mich kurzfassen: Die Diskussion, die hier stattgefunden hat, hat mit dem breiten Spektrum zu tun, das es in den nationalen Parlamenten in verteidigungspolitischen Fragen gibt. Die jeweilige Opposition bringt mangels Durchsetzungskraft gegenüber der Regierung ihres Landes etwas ins Parlament der Westeuropäischen Union ein. Das ist legitim; ob es, was die Art der Diskussion anlangt, immer fair ist, sei dahingestellt.

Ich persönlich möchte im Namen des Ausschusses dem Berichterstatter herzlichen Dank für seinen Bericht sagen. Heute früh haben wir die Rede von Sir Geoffrey Howe gehört, die vom Hause mit großem Beifall bedacht wurde. Wer diese Rede und die Diskussionsbeiträge in der Fragestunde verfolgt hat, muß nun feststellen, wie schlecht das Gedächtnis manchmal ist, denn es werden nun zum Teil ganz gegenteilige Schlüsse gezogen.

Ich glaube, daß es wichtig ist, daß die Versammlung weiß: Dieser Bericht ist sehr lange und sehr intensiv diskutiert worden, und er ist mit zwölf Stimmen gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen worden. Es ist ein realistischer Bericht. Es wird für uns in der Westeuropäischen Union in Zukunft zunehmend ein Problem sein, **Konsens zu finden**. Wir müssen uns um einen solchen Konsens dort bemühen, wo er zwischen den verschiedenen politischen Standpunkten noch möglich ist. Sonst geraten wir immer mehr in die Gefahr, unsere ganze Politik von den jeweiligen Mehrheiten und Minderheiten abhängig zu machen.

Der Ort, an dem wir miteinander diskutieren müssen, ist der Ausschuß. Herr Scheer, ich wiederhole das, was der Berichterstatter gesagt hat: Wenn Sie als Mitglied des Ausschusses dort die Möglichkeit der Diskussion genutzt hätten, wäre heute manches einfacher gewesen. Deswegen gehe ich auf viele Bemerkungen auch nicht ein.

Es gäbe noch vieles zu sagen, aber ich möchte nur noch positiv festhalten, daß sich der Ausschuß in seiner großen Mehrheit darum bemüht hat, hier etwas zu leisten, was für unsere zukünftige Arbeit wichtig ist: **als Parlamentarische Versammlung dem Rat einen Rat zu geben**. Ich bitte Sie deshalb, den Bericht nach kritischer Prüfung positiv zu würdigen und ihn am Schluß anzunehmen.

Empfehlung 464

betr. Abrüstung — Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- i. *begrüßt* die erneuten Bemühungen des Rates, eine zügige Übermittlung des Jahresberichts sicherzustellen;
- ii. *ist erfreut* darüber, daß die von ihr in früheren Antworten erbetenen Informationen in den Bericht des Rates mitaufgenommen wurden;
- iii. *würdigt* die vom Rat ergriffenen Initiativen zur Förderung umfassender Minenräumoperationen im Golf, die derzeit von fünf Nationen unter dem Codenamen „Cleansweep“ vor dem Truppenabzug durchgeführt werden;
- iv. *fordert*, die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen auf dem notwendigen Niveau aufrechtzuerhalten, um die Sicherheit aller Staaten des Bündnisses zu gewährleisten bei gleichzeitiger aktiver Fortführung der Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung von Truppen und Waffen auf das niedrigste Niveau, das mit dieser unabdingbaren Sicherheit vereinbar ist und in vollem Einklang mit der langbewährten Politik des Bündnisses steht;
- v. *begrüßt* die Schritte im Hinblick auf den Abschluß eines bilateralen Abkommens zur Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen;
- vi. *betont* die Bedeutung der Einhaltung der Bestimmungen des bestehenden ABM-Vertrages und der Höchstgrenzen der SALT-Verträge, die nur durch Absprache zwischen den Vertragsparteien geändert werden können;
- vii. *unterstützt* die Bemühungen der Teilnehmerstaaten, auf der Abrüstungskonferenz einen multilateralen Vertrag über das Verbot aller chemischen Waffen abzuschließen und würdigt die amerikanischen und französischen Initiativen zur Einberufung einer internationalen Konferenz, um die Prinzipien der Genfer Konvention aus dem Jahre 1925 zu bekräftigen und internationale politische Maßnahmen gegen jede Verletzung dieser Prinzipien zu ergreifen;
- viii. *nimmt* mit Interesse den Bericht des Rates über „Gewonnene Erfahrungen bei der Verifikation von Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstung“ zur Kenntnis, (der die Versammlung in ihrer Überzeugung bestärkt, daß die Agentur noch einen bedeutenden Beitrag in dem wichtigen Bereich der Verifikation zu leisten hat); fordert, derartige Studien fortzuführen und umzusetzen und wird in dieser Erwartung durch die Antwort des Rates auf die Empfehlung 460 ermutigt;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. den in der Haager Plattform zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen Gewicht zu verleihen durch Festlegung und öffentliche Bekanntgabe einer Haltung der Westeuropäischen Union zu speziell-

len Rüstungskontrollfragen, die folgende Kriterien miteinbezieht:

- a) die Prioritäten bei der Rüstungskontrolle sollten ab jetzt eher auf Maßnahmen der konventionellen und chemischen Abrüstung gelegt werden als auf die Abschaffung der nuklearen Kurzstreckenwaffen, die zum momentanen Zeitpunkt ein wesentlicher Faktor der Abschreckung bleiben und ganz entscheidend zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen;
 - b) die Rüstungskontrolle sollte weltweit gelten, und was einzelnen Ländern gestattet ist, sollte anderen nicht durch sie untersagt werden (die Schaffung atomwaffenfreier Zonen wäre z. B. ein Faktor der Destabilisierung für Europa);
 - c) Rüstungskontrollvereinbarungen sollten Verifikationsmaßnahmen enthalten, die alle Parteien voll zufriedenstellen und die nationale Souveränität nicht beeinträchtigen;
 - d) Rüstungskontrolle sollte in Etappen erfolgen, wobei die Sicherheit aller Beteiligten dauerhaft gewährleistet bleiben muß;
2. im Namen der Westeuropäischen Union Gorbatschows Forderung nach einer gesamteuropäischen Gipfelkonferenz über die konventionellen Waffen zu beantworten unter Betonung, daß ein solches Forum bereits im Rahmen der KSZE besteht;
 3. die Regierungen der Mitgliedstaaten zu ersuchen, für eine angemessene, umfassendere und gezieltere Information sowohl der Öffentlichkeit als auch der Presse in Abrüstungsfragen Sorge zu tragen, ohne die Tatsache zu verbergen, daß sich in den Anfangsphasen von Rüstungsabbau und Rüstungskontrolle nicht unbedingt wesentliche Einsparungen bei den Verteidigungsausgaben ergeben müssen, und die WEU-Agentur aufzufordern, Studien auszuarbeiten im Hinblick auf die Erleichterung der Aufgabe der Regierungen der Mitgliedstaaten, die öffentliche Meinung über Sicherheits- und Abrüstungsprobleme zu informieren;
 4. die Regierungen der Mitgliedstaaten aufzufordern, die Fachinstitute der Universitäten für Wissenschaft und Technik sowie die mit Verteidigungsfragen befaßten Institutionen eng in die Arbeiten im Bereich der Rüstungskontrolle miteinzubeziehen und die Agentur der WEU zu ermächtigen, im Rahmen ihrer für den Rat durchgeführten Forschungsarbeiten bei bestimmten Fachinstituten der Universitäten und den zuständigen Regierungsstellen Erkundigungen einzuholen;
 5. dafür Sorge zu tragen, daß die Agentur der WEU unverzüglich „in zweckmäßiger Weise eingesetzt wird, um Fragen bezüglich der konventionellen Abrüstung und insbesondere die mit der Verifikationstechnologie verbundenen Probleme eingehend zu untersuchen“ (Antwort des Rates auf die Empfehlung 460).

Donnerstag, 8. Dezember 1988

Tagesordnungspunkt:

Verifikation

(Themen: Überwachung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen sowie Krisensituationen — Eigenes europäisches Verifikationssystem — Bedingungen für die Errichtung einer Europäischen Satelliten-Agentur)

a) Eine zukünftige Europäische Agentur für die Überwachung durch Satelliten

(Drucksache 1159)

Berichterstatter: Abg. Fourré (Frankreich)

b) Wissenschaftliche und technische Aspekte der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen durch Satellit — Antwort auf den 33. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1160)

Berichterstatter: Abg. Malfatti (Italien)

(Gemeinsame Debatte der Tagesordnungspunkte a) und b))

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich heute zur **Notwendigkeit eines eigenen europäischen Beobachtungssatelliten im Weltraum** Stellung nehme, so geschieht dies natürlich unter dem aktuellen Aspekt der von unseren sehr verehrten Kollegen Herrn Fourré und Malfatti vorgelegten Entwürfe für Empfehlungen betreffend die Verifikation einer zukünftigen europäischen Agentur für die Überwachung durch Satelliten einschließlich der wissenschaftlichen und technischen Aspekte.

Ich möchte an dieser Stelle beiden Berichterstattern ausdrücklich meinen herzlichen Dank für diese ausgezeichnete Arbeit sagen. Sie haben es ausgezeichnet verstanden, die Argumente für die Schaffung eines europäischen Beobachtungssatelliten klar und umfassend aufzubereiten, und zwar einschließlich der technischen und wissenschaftlichen Voraussetzungen dafür.

Ihr ausführlicher Argumentationskatalog macht es für jeden, dem an der Sicherheit Europas gelegen ist, zu einer fast schwierigen Aufgabe, etwas Ergänzendes anzumerken. Ich möchte mich dieser Aufgabe aber trotzdem stellen, und zwar weil ich meine, daß die Wichtigkeit eines europäischen Beobachtungssatelliten nicht oft genug betont werden kann und auch in die Nationalstaaten zur Diskussion zurückgetragen werden muß, um dort das Bewußtsein für die Notwen-

digkeit einer solchen technischen Einrichtung zu schärfen.

Ich möchte zu beiden Entwürfen meine Zustimmung signalisieren. Zum einen sehe ich darin ganz persönlich meine schon seit langem vertretene Auffassung bestärkt. Sie mögen mir bitte gestatten, daß ich mich einmal selber zitiere. Ich habe an dieser Stelle einmal erklärt, daß die Herausstellung einer spezifisch nationalen Strategie zur Erschließung des Weltraums weniger wichtig ist als die vorrangige Einbettung dieser Strategie in die europäische Integration und daß in der Welterperspektive die europäische Zusammenarbeit für unsere zivile Weltraumforschung entscheidend ist.

Diese Aussage habe ich 1986 auch im Rahmen des Berichts einer Expertengruppe zum Thema „Deutsche Weltraumpolitik an der Jahrhundertsschwelle“ für das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gemacht. An dieser Aussage lasse ich mich auch heute messen, wo es um die Frage der Installierung eines europäischen Satelliten geht.

Mir fällt es in diesem Zusammenhang auch sehr leicht, meine Zustimmung zu signalisieren, weil die Fraktion der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag, der ich angehöre, erst am 11. März vergangenen Jahres einen Antrag zur Weltraumpolitik in den Deutschen Bundestag eingebracht hat, der die hier aufgestellte Forderung voll unterstützt. Ich meine, wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß wir hier eine Gemeinsamkeit haben.

Wir haben damals vom Bundestag aus die Bundesregierung aufgefordert, daß ein eigener westeuropäischer Aufklärungssatellit zur Krisenbewältigung sowie zur Kontrolle von Rüstung und Abrüstung entwickelt und betrieben werden muß.

Aus meiner Sicht muß es als sicherheitspolitischer Erfolg für Europa betrachtet werden, wenn es uns in Westeuropa gelingt, den ursächlichen Anstoß für die Einrichtung eines eigenen europäischen Beobachtungssatelliten im Weltraum zu geben.

Erstens glaube ich, daß durch die Entwicklung eines europäischen Beobachtungssatelliten die **Autonomie Europas in der Raumfahrt** weiter gestärkt wird. Es kommt darauf an, daß wir in Europa auf allen Gebieten und besonders auf den kritischen Gebieten Kompetenz besitzen und gegebenenfalls auch autonom handeln können.

Anhand eines Beispiels, das die Notwendigkeit eines solchen Satelliten besonders kraß beleuchtet, möchte ich dies verdeutlichen. Die Regierung der Bundesrepublik wurde unmittelbar nach der Explosion im vierten Reaktor von Tschernobyl mit dem Gerücht konfrontiert, ein weiterer Reaktor stehe vor der Explosion. Dies hätte in Deutschland weitere Vorsorgemaßnahmen erforderlich gemacht. Die Bundesregierung hatte aber erst Wochen nach dem Ereignis Zugang zu Satellitenaufnahmen, die dieses Gerücht hätten unverzüglich entkräften können.

Diese tatsächliche Begebenheit zeigt, wie sehr die europäischen Staaten nicht nur aus wirtschafts-, industrie- und außenpolitischen Erwägungen, sondern ganz besonders auch aus sicherheitspolitischen Grün-

den einen autonomen Zugang zum Weltraum braucht.

Darüber hinaus zeigt dieses Beispiel aber auch, daß ein **Beobachtungssatellit für den Zivil- und Katastrophenschutz** wichtig sein kann und daß nicht nur militärische Observationen im Vordergrund stehen müssen.

Für die WEU ist ein solcher Satellit notwendig, weil damit **Daten für die europäische Sicherheit** gesammelt werden, die allen europäischen Staaten sofort und ungefiltert zur Verfügung stehen und nicht erst von anderen Staaten eingeholt werden müssen und damit das Risiko der Unvollständigkeit allein durch den verzögerten Zugang in sich bergen.

Die Japaner haben übrigens schon seit geraumer Zeit ebenfalls die Wichtigkeit des Weltraums für ihre nationale Sicherheit, aber auch für ihre Forschungsvorhaben erkannt. Schon seit einigen Jahren investieren die Japaner beträchtlich in die Raumfahrt. Die Pro-Kopf-Ausgaben liegen dort schon längst über denen von Europa, und die **japanische Weltraumagentur**, die National Space Development Agency, verfügt über eines der größten Raumfahrtbudgets der Welt, wie der Dezember-Ausgabe der wissenschaftlichen Zeitschrift „High Tech“ 1988, Seite 36 ff. zu entnehmen ist. Die japanische Weltraumagentur läßt derzeit auch Satellitensysteme für Datenübertragung erforschen. Ich meine, daß die Anstrengungen der Japaner in der Raumfahrt eine Herausforderung für die europäische Zusammenarbeit darstellen. Ich möchte dies an dieser Stelle ausdrücklich betonen. Wir Europäer sollten manchmal über die Kompetenzstreitigkeiten hinaus, die wir untereinander haben, erkennen, daß wir als Europäer nur gemeinsam den anderen wirtschaftlichen Zusammenballungen auf der Erde widerstehen können.

Die ESA hat demonstriert, daß eine solche europäische Kooperation nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im Bereich von sehr fortschrittlichen technologischen Entwicklungen effizient möglich ist. Die WEU kann ihrerseits mit der Forderung eines europäischen Beobachtungssatelliten einen ganz entscheidenden Beitrag für unsere europäische Sicherheit leisten.

Ich hoffe, daß die beiden Berichterstatter trotz ihres Gesprächs unten noch in der Lage sind, meinen Beitrag aufzunehmen; denn sie unterhalten sich ja gegenwärtig ganz intensiv mit dem zuständigen Sekretär.

Zweitens. Damit bin ich bereits beim zweiten Punkt der Notwendigkeit für einen europäischen Beobachtungssatelliten angelangt. **Ein in der Weltraumforschung und Weltraumnutzung autonomes Europa stabilisiert und stärkt natürlich die Rolle der europäischen Partnerschaft und das Gewicht in der internationalen Kooperation**, vor allem mit den USA.

Aufschlußreich scheint mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung Henry Kissingers, der die WEU nämlich sicherlich nicht ohne Grund erwähnte, als er bei der Verleihung des Karls-Preises der Stadt Aachen 1987 analysierte – ich zitiere –:

„In den vor uns liegenden Jahren wird der Beitrag eines geeinten Europas wesentlich sein . . . Europa muß für die Erörterung strategischer Probleme eine Struktur schaffen, indem es entweder auf die Westeuropäische Union aufbaut oder einen anderen Mechanismus schafft.“

Er fügte übrigens hinzu: „Amerika muß dies unterstützen“.

Im Zusammenhang mit meinem Eintreten für einen gemeinsamen europäischen Beobachtungssatelliten verspreche ich mir davon eine Stärkung der politischen Glaubwürdigkeit der europäischen Weltraumpolitik auf internationaler Ebene. Denn das gemeinsame Eintreten und die gemeinsame Entwicklung sowie die letztendlich eintretende gemeinsame Nutzung des Satelliten durch die Europäer stärkt das Wir-Gefühl und leistet einen Beitrag zur Förderung der Einheit Europas und seiner fortschreitenden Integration ganz im Sinne der programmatischen Leitidee des WEU-Vertrages aus dem Jahre 1954.

Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit bei meinem anderen Kollegen.

Empfehlung 465

betr. Verifikation: eine zukünftige Europäische Agentur für die Überwachung durch Satelliten

Die Versammlung

- i. *verweist darauf*, daß die Regierungen der WEU-Mitgliedstaaten in der Haager Plattform betont haben, daß „Rüstungskontrolle und Abrüstung integraler Bestandteil der westlichen Sicherheitspolitik sind“ und daß „Rüstungskontrollabkommen wirksam nachprüfbar sein müssen“;
- ii. *ist überzeugt*, daß die hohen Verteidigungsaufgaben auf die im internationalen Umfeld herrschende Unsicherheit und das Ausmaß der erkannten Bedrohung zurückzuführen sind, die insbesondere die Beziehungen zwischen benachbarten Staaten beeinträchtigen;
- iii. *vertritt die Ansicht*, daß diese Unsicherheit durch die Aktivitäten einer Europäischen Satellitenagentur abgebaut werden könnte, deren Daten und Informationen möglicherweise frei zugänglich gemacht werden könnten;
- iv. *unterstützt* ebenso wie der Rat Verhandlungen im Hinblick auf Rüstungskontrolle und Abrüstung;
- v. *ist der Ansicht*, daß wahrscheinlich demnächst beginnende neue Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa positiv aufgenommen werden sollten;
- vi. *stellt fest*, daß die wirksame Verifikation ein wesentlicher Bestandteil jeder ausgehandelten Übereinkunft sein wird und daß die Unterzeichnerstaaten in der Lage sein müssen, sich voll zu dieser Verifikation zu verpflichten und sich aktiv an ihrer Durchführung zu beteiligen;
- vii. *unterstreicht* das allgemein anerkannte Prinzip, die zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa erforderlichen Risiken, Aufgaben und Verantwortlichkeiten gemeinsam zu tragen, welches auch auf die Verifikationsaspekte zukünftiger Abkommen über konventionelle Rüstungskontrolle Anwendung finden sollte;
- viii. *ist darüber unterrichtet*, daß der Rat die Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen mit der Vorbereitung einer Bewertung der Verifikationsmaßnahmen beauftragt und bereits die Ansicht geäußert hat, daß „Satelliten . . . mögliche Verifikationsmittel bieten können, die eine sorgfältige Untersuchung verdienen“;
- ix. *ist sicher*, daß das Verifikationssystem jedes zukünftigen Abkommens über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa nationale technische Verifikationsmittel, wie z. B. die Überwachung durch Satelliten, sowie weitere kooperative Systeme umfassen sollte;
- x. *ist darüber informiert*, daß mehrere Mitgliedstaaten der WEU inzwischen über einen ausreichenden technologischen Kenntnisstand verfügen, um mit dem Aufbau eines Satellitensystems zu beginnen, das wichtige Verifikationsaufgaben erfüllen könnte;
- xi. *ist der Ansicht*, daß es nun für die Mitgliedstaaten der WEU an der Zeit ist, eine glaubwürdige politische Initiative im Hinblick auf die Errichtung einer Europäischen Satellitenagentur zu ergreifen, die mit der Verifikation von Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen und, in einer zweiten Phase, mit der Untersuchung von Krisensituationen betraut wird;

EMPFIEHLT DEM RAT,

innerhalb der WEU und auf der Grundlage der in diesem Bericht enthaltenen Richtlinien **die Bedingungen für die Einrichtung einer Europäischen Satellitenagentur festzusetzen**, deren Aufgabe zunächst in der Verifikation eines zukünftigen Abkommens über konventionelle Rüstungskontrolle bestehen wird,

und insbesondere, in Übereinstimmung mit den in Absatz 8.3 des Berichts vorgelegten Vorschlägen,

eine feststellende und bewertende Untersuchung durchzuführen über in Westeuropa bereits bestehende Systeme oder solche, die sich in Vorbereitung befinden, über vorstellbare Methoden einer europäischen Zusammenarbeit im politischen, operativen, industriellen, technologischen und finanziellen Bereich und über die Vorteile einer Zusammenarbeit oder einer Fusion mit bereits im Bündnis vorhandenen Mechanismen sowie über daraus resultierende rechtliche und institutionelle Aspekte,

und der Versammlung **seine Schlußfolgerungen vorzulegen**.

Empfehlung 466

**betr. wissenschaftliche und technische Aspekte
der Verifikation von Rüstungskontrollabkommen
durch Satellit — Antwort auf den 33. Jahresbericht
des Rates**

Die Versammlung

- i. *erinnert* daran, daß die Mitgliedstaaten der WEU in der in Den Haag verabschiedeten Plattform bekräftigt haben, daß „Rüstungskontrolle und Abrüstung integrale Bestandteile der westlichen Sicherheitspolitik und nicht eine Alternative zu ihr sind“ und daß „Rüstungskontrollübereinkünfte wirksam nachprüfbar sein und sich bewähren müssen“;
- ii. *erinnert* an die Empfehlungen der WEU 369, 410, 430 und 448 und nimmt mit Interesse die vom Europäischen Parlament im Jahre 1987 verabschiedete Entschließung über die europäische Weltraumpolitik sowie die Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1988 an den Rat mit dem Titel „Die Gemeinschaft zur Raumfahrt — der kohärente Ansatz“ zur Kenntnis;
- iii. *tritt* ebenso wie der Rat für Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung *ein*;
- iv. *hält es für wahrscheinlich und wünschenswert*, daß neue Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa in allernächster Zukunft aufgenommen werden;
- v. *stellt fest*, daß die Existenz eines Verifikationssystems, auf das sich alle Unterzeichnerstaaten einer Übereinkunft verlassen und an dem sie sich aktiv beteiligen könnten, wesentlicher Bestandteil einer solchen Übereinkunft sein müßte;
- vi. *vertritt die Ansicht*, daß der allgemein anerkannte Grundsatz im Hinblick auf die Sicherheit Europas Risiken, Aufgaben und Verantwortung gemeinsam zu tragen, auch auf Systeme für die Verifizierung zukünftiger Übereinkünfte über die konventionelle Rüstungskontrolle angewandt werden sollte;
- vii. *erinnert* daran, daß der Rat die Agentur zur Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen beauftragt hat, eine Studie über Verifikationsmaßnahmen auszuarbeiten;
- viii. *ist der Ansicht*, daß das System zur Verifizierung eines zukünftigen Übereinkommens über konventionelle Stabilität in Europa auch nationale technische Verifikationsmöglichkeiten vorsehen

sollte, wie z. B. Überwachung durch Satellit und andere kooperative Systeme, einschließlich der Inspektion an Ort und Stelle;

- ix. *berücksichtigt*, daß die Mitgliedstaaten der WEU über einen ausreichenden technischen Kenntnisstand verfügen, um mit dem Aufbau eines Satellitensystems zu beginnen, das in der Lage ist, wesentliche Verifikationsaufgaben zu übernehmen;
- x. *betont* die Bedeutung der im Rahmen der ESA durchgeführten europäischen Zusammenarbeit in Raumfahrtangelegenheiten und stellt mit Befriedigung die Weiterentwicklung von Programmen dieser Organisation fest;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die notwendigen Voraussetzungen zu definieren, um im Rahmen der WEU eine europäische Agentur für die Überwachung durch Satelliten zu schaffen, deren Hauptaufgabe darin bestehen würde, an der Verifikation zukünftiger Übereinkommen über konventionelle Rüstungskontrolle mitzuarbeiten
und insbesondere
bestehende oder geplante Systeme, sich abzeichnende Maßnahmen der Zusammenarbeit in Westeuropa im industriellen, technologischen sowie im politischen und operativen Bereich, Probleme bei der Zusammenarbeit oder bei der Integration bestehender Mechanismen im Atlantischen Bündnis sowie daraus resultierende juristische und institutionelle Aspekte festzustellen und zu bewerten und ihre Schlußfolgerungen der Versammlung vorzulegen;
2. die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend zu ersuchen, alle technologischen Forschungsarbeiten in den Mitgliedstaaten der WEU, die für die Überwachung mittels Satellit von entscheidender Bedeutung sind, zu koordinieren.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Staatssekretärs für auswärtige
Angelegenheiten, Gianni Manzolini (Italien)**

(Themen: Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion für den konventionellen Bereich — Prinzip der militärischen Überlegenheit — Rolle der WEU innerhalb Europas und der NATO — Stärkung der Stellung der Versammlung)

WESTEUROPÄISCHE UNION**Versammlung**

34. ordentliche Sitzungsperiode (2. Teil)

Verbot von Flugtagen mit Flugvorführungen*Antrag für eine EntschlieÙung*

vorgelegt von Herrn Büchner und anderen nach Artikel 28 der Geschäftsordnung mit einem Antrag auf Beratung im Dringlichkeitsverfahren

Die Versammlung

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten *auf*, Flugvorführungen, insbesondere im Rahmen von militärischen und zivilen Flugtagen, zu verbieten.

gez.: Büchner, Biefnot, Holtz, Ahrens, Pecriaux, Eicher, Klejdzinski, Blunck, Stoffelen, Schmidt, Luuk, Steiner, Scheer

WESTEUROPÄISCHE UNION**Versammlung**

34. ordentliche Sitzung (2. Teil)

Verbot von militärischen Tiefflügen zu Übungszwecken*Antrag für eine EntschlieÙung*

vorgelegt von Herrn Büchner und anderen nach Artikel 28 der Geschäftsordnung

Die Versammlung

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten *auf*, alle militärischen Tiefflüge und Luftkampfübungen über besiedeltem Gebiet und Zielflüge auf Kernkraftwerke, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen, öffentliche Gebäude, Fabriken usw. zu verbieten.

gez.: Büchner, Biefnot, Holtz, Eicher, Pecriaux, Stoffelen, Schmidt, Luuk, Blunck, Scheer

WESTEUROPÄISCHE UNION**Versammlung**

34. ordentliche Sitzungsperiode (2. Teil)

Austausch von Armeeeingehöriqen innerhalb der nationalen Truppenverbände der einzelnen Mitgliedstaaten*Antrag für eine Empfehlung*

vorgelegt von Herrn Dr. Hirschler und anderen gemäß Artikel 28 der Geschäftsordnung

Die Versammlung

- i. *ist der Auffassung*, daß zur Förderung des partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der WEU weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen;
- ii. *bekundet* ihre Zufriedenheit über die Einrichtung einer gemeinsamen deutsch-französischen Brigade, die durch den förmlichen Beschluß vom 13. November 1987 (formalisiert durch den Briefwechsel am 22. Januar 1988) der Regierungschefs der beiden Staaten in die Wege geleitet wurde;
- iii. *bedauert*, daß Ähnliches in diesem Umfange im Verhältnis der übrigen Mitgliedstaaten zueinander nicht existiert;
- iv. *fordert*, daß eine stärkere Zusammenarbeit der Truppen der übrigen Mitgliedstaaten angestrebt wird, um das Partnerschaftsverhältnis zu stärken und zu festigen, insbesondere das gegenseitige Verständnis durch den täglichen Umgang miteinander und durch den Abbau von Sprachbarrieren zu verbessern, um eine Verzahnung der Truppen nicht nur über Verbindungsoffiziere zu erreichen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

die Initiative zur Schaffung von Austauschmöglichkeiten über den Rahmen der integrierten Stäbe und sonstiger gegebener Möglichkeiten hinaus zu ergreifen, um einer großen Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die Chance zu eröffnen, einen zeitlich begrenzten Teil ihrer Dienstzeit in den Truppenverbänden der verbündeten Streitkräfte zu verrichten.

gez.: Hirschler, Pfuhl, Unland, Martino, Steiner, Kittelmann, Müller, Niegel, Klejdzinski, Pack, Seitlinger, Scheer, Reddemann

